

banken magazin

AUS LIECHTENSTEIN | Ausgabe 28 | Herbst 2013

STEUERKONFORMITÄT

Alles über die neue Richtlinie
der Banken

MEDICOR FOUNDATION

Interview mit Stiftungsrat
Fortunat Walther

NEUES WEISSBUCH

Stimme für die nachhaltige
Finanzwirtschaft



LIECHTENSTEINISCHER
BANKENVERBAND

Der Grand Teton National Park ist nicht nur für seine einzigartige Tier- und Pflanzenwelt bekannt, sondern auch für die Erdgasvorkommen, die diese bedrohen. Der richtige Umgang mit unseren Ressourcen liegt in unserer Verantwortung; dem Thema dieser Ausgabe.



© SNEHIT - Fotolia.com

Impressum

Das BANKENMAGAZIN ist eine Publikation des Liechtensteinischen Bankenverbandes. Es erscheint vierteljährlich.
V.f.d.I. Simon Tribelhorn, Geschäftsführer
Liechtensteinischer Bankenverband
Austrasse 46, 9490 Vaduz, Fürstentum Liechtenstein
T: +423 230 13 23, F: +423 230 13 24
info@bankenverband.li, www.bankenverband.li

Bekennen und handeln



Liebe Leserinnen und Leser

Mit dem Begriff der Verantwortung verhält es sich wie mit einem Glas, das halb leer oder halb voll ist. Verantwortung kann eine Last sein, sie beinhaltet Verpflichtung, Rechtfertigung und Konsequenz. Sie kann lähmen, fast erdrücken. Verantwortung kann aber auch zu Höchstleistungen anspornen

und zu besonderem Engagement motivieren. Im halb vollen Glas betrachtet, ist Verantwortung ein klares Bekenntnis, die Zukunft aktiv gestalten zu wollen. Das tun wir.

Die Banken Liechtensteins beispielsweise erst jüngst mit der selbstverpflichtenden Richtlinie zur Steuerkonformität (Seite 12). Die Herbstausgabe unseres BANKENMAGAZINS zeigt aber auch, wie Staat und Finanzwelt durch Public Private Partnerships gemeinsam Verantwortung gegenüber der Gesellschaft wahrnehmen können (Seite 14). Auch ein Blick über den Tellerrand lohnt sich und gibt neue Ideen: Die Redaktion schaut hinter die Kulissen der gemeinnützigen Medicor Foundation (Seite 18), hinterfragt Ideen nachhaltiger Energiegewinnung (Seite 26), zeigt auf, wie die Verantwortung der Banken gegenüber den Kunden noch besser wahrgenommen werden kann (Seite 28) und fragt im EU-Parlament nach (Seite 30). Last but not least haben wir auch bei einer unserer Banken noch konkreter nachgefragt (Seite 32).

Verantwortung heisst für uns, mit offenen Augen durchs Leben zu gehen, Inspirationen neugierig zu folgen und daraus mutige, aber realistische Handlungen abzuleiten. Im Dienste des Finanzplatzes, der Gesellschaft und der Generationen, die nach uns kommen. Das Redaktionsteam wünscht Ihnen eine spannende und inspirierende Lektüre.

Simon Tribelhorn
Geschäftsführer

4 News und Hintergründe

12 Steuerkonformität

Banken erlassen Richtlinie

14 Vorteil Public Private Partnership

Interview mit LBV-Präsident
Adolf E. Real



18 Mehr Selbstbewusstsein

Interview mit Medicor-Stiftungsrat
Fortunat Walther



22 Neues Weissbuch

Stimme für die nachhaltige
Finanzwirtschaft



26 Energiewende

In den Alp-Treibstoff investieren

28 Vertrauen und Verantwortung

Customer Value 3.0 setzt auf
Kundennutzen als Wachstumsmotor

30 EU: Basiskonto für alle

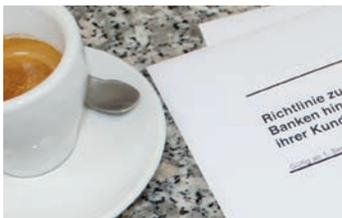
Interview mit MdEP Evelyne Gebhardt

32 Vorgestellt

Alfred W. Moeckli, CEO der
VP Bank Gruppe

News

BANKEN ERLASSEN RICHTLINIE ZUR STEUERKONFORMITÄT



Die liechtensteinischen Banken haben sich im August 2013 zu einheitlichen Mindeststandards in Bezug auf die anzuwendenden Sorgfaltspflichten hinsichtlich der Steuerkonformität ihrer Kunden verpflichtet.

Zu diesem Zweck definierten sie in einer Richtlinie die Praxisstandards am Bankenplatz. Ziel der Richtlinie ist es, unbesteuerbare Gelder vom Finanzplatz Liechtenstein fernzuhalten. Die Richtlinie trat per 1. September 2013 in Kraft (siehe auch Seite 12).

8. LIECHTENSTEINISCHER BANKENTAG

Am 3. September 2014 wird in Vaduz der 8. Liechtensteinische Bankentag stattfinden. Der Liechtensteinische Bankenverband hat die aktuellen Entwicklungen hinsichtlich des internationalen Austausches von Steuerinformationen zum Anlass genommen, den Vordenker in Sachen Steuerkooperation, OECD-Steuerchef Pascal Saint-Amans, als Keynote Speaker einzuladen. Er wird die Konsequenzen einer Einführung des automatischen Informationsaustausches, die Rolle der OECD und die Grenzen der Transparenz näher beleuchten und auf die Bedeutung der Entwicklung für Kleinstaaten wie Liechtenstein eingehen.

19 KLIMAFREUNDLICHE UNTERNEHMEN GEFÖRDERT

Mit CHF 1,1 Mio. unterstützt die Klimastiftung Schweiz in Zusammenarbeit mit der LIFE Klimastiftung Liechtenstein 19 kleine und mittlere Unternehmen (KMU), die sich für das Kli-

ma einsetzen. Unter den geförderten Projekten befinden sich fünf Innovationen, darunter die WindRail (Windschiene) von der Firma Anergy in Zürich. Die Firma will Windbrechungen und Druckunterschiede an Hausdächern nutzen, um Energie zu gewinnen. Kombiniert werden soll dies mit der Gewinnung von Solarenergie. Ein Aufbau auf Flachdächern führt der Dachkante entlang und verwertet die verschiedenen Energiequellen in einer Turbine. Neben den Innovationsprojekten unterstützt die Klimastiftung Schweiz auch 14 Projekte, bei denen KMU Strom oder CO₂ im eigenen Betrieb einsparen. Darunter sind insbesondere Verbesserungen der Heizung, Lüftung und Beleuchtung. Der grösste Milchverarbeiter Liechtensteins, der Milchhof Schaan, baut seine Produktionsstätte aus und wechselt von Erdgas auf Fernwärme. Dadurch stösst das liechtensteinische KMU rund 300 Tonnen CO₂ pro Jahr weniger aus. Die Klimastiftung Schweiz beteiligt sich an diesem Projekt mit CHF 50'000. Ermöglicht wird dies durch die Zusammenarbeit mit der LIFE Klimastiftung Liechtenstein und den drei grössten liechtensteinischen Banken LGT, VP Bank und LLB.

KLIMASTIFTUNG SCHWEIZ BEGEHT 5-JÄHRIGES JUBILÄUM



Seit fünf Jahren fördert die Klimastiftung Schweiz kleine und mittlere Unternehmen (KMU), die klimafreundliche Produkte entwickeln oder in ihrem Betrieb den CO₂-Ausstoss verringern und Strom sparen. Am 21. August 2013 feierte

die Klimastiftung das Jubiläum mit einer Ausstellung von Innovationsprojekten im Beisein von Vertretern aus Politik, Wirtschaft und Wissenschaft. Die Klimastiftung Schweiz wurde als gemeinnützige, unabhängige Stiftung gegründet. Seit 2008 unterstützt sie knapp 600 KMU mit über CHF 10 Mio. Über die Kooperation mit der LIFE Klimastiftung Liechtenstein können auch liechtensteinische Unternehmen von der KMU-Förderung profitieren. Ermöglicht wurde die Kooperation durch die drei grössten liechtensteinischen Banken, LGT, LLB und VP Bank, die ihre aus der Rückverteilung zufließenden Beträge aus der CO₂-Abgabe der Klimastiftung Schweiz spenden.



LIFE KLIMASTIFTUNG LIECHTENSTEIN PUBLIZIERT GESCHÄFTSBERICHT

Die LIFE Klimastiftung Liechtenstein hat Ende Oktober 2013 ihren vierten Geschäftsbericht publiziert und blickt auf ein weiteres erfolgreiches Jahr zurück. Bereits im ersten Halbjahr konnten wichtige Projekte umgesetzt werden,

wie beispielsweise die Kooperation mit der brasilianischen gemeinnützigen Clima Nativo. Ziel dieser Kooperation ist es, Wiederaufforstungsprojekte vor Ort in Brasilien zu lancieren. Die Finanzierung der Aufforstungsprojekte soll dabei über den liechtensteinischen Finanzplatz als Drehscheibe von nachhaltigen Investments erfolgen. Für die LIFE Klimastiftung Liechtenstein stellt die Kooperation mit Clima Nativo die konsequente Fortführung der eingeschlagenen Strategie dar – nämlich nachhaltige Klimaschutzprojekte, die den Kriterien Glaubwürdigkeit, Professionalität, Seriosität und Effektivität gerecht werden, zu unterstützen. Ebenso Erfolg versprechend ist die im zweiten

Halbjahr 2013 mit der Initiative biomimicry.CH eingegangene Kooperation. Biomimicry, von der Natur inspirierte Innovation, hat das Potenzial, zu einem echten Wirtschafts- und Wachstumsmotor zu werden. Auch hier kann sich der moderne, innovative und international ausgerichtete Finanzplatz Liechtenstein als Impulsgeber profilieren. Die LIFE Klimastiftung Liechtenstein wurde Anfang 2009 ins Leben gerufen und ist eine gemeinnützige Stiftung nach liechtensteinischem Recht. Ziele der LIFE Klimastiftung Liechtenstein sind die Förderung und die Bewusstseinsstärkung im gesamten Bereich des Klimaschutzes und der Nachhaltigkeit. Zu den Trägern der Stiftung gehören die Regierung Liechtensteins, der Liechtensteinische Bankenverband, die Liechtensteinische Treuhändervereinigung, der Liechtensteinische Anlagefondsverband, der Liechtensteinische Versicherungsverband sowie die Universität Liechtenstein. Durch die Beteiligung von Wirtschaft, Wissenschaft und Politik vernetzt die LIFE Klimastiftung Liechtenstein als Private Public Partnership und Impulsgeber die wesentlichen Akteure im Nachhaltigkeitsbereich und bringt diese an einen Tisch.



HASLER ÜBERNIMMT LIFE- STIFTUNGSRATSPRÄSIDIUM

Regierungschef Adrian Hasler hat per 23. September 2013 das Präsidium des Stiftungsrates der LIFE Klimastiftung Liechtenstein übernommen. Mit seinem Engagement stellt Hasler die Kontinuität im Stiftungsrat auf der entsprechenden politischen Ebene sicher. Die Aktivitäten der LIFE Klimastiftung Liechtenstein sind mittlerweile zu einem wichtigen Pfeiler der nationalen Energie- und Klimapolitik und des in Liechtenstein gelebten Nachhaltigkeitsgedankens geworden.

News

Fortsetzung von Seite 5

2. IMPACT FORUM ZÜRICH



Am 15. Oktober 2013 fand in Zürich das 2. Impact Forum statt. Im Fokus stand das philanthropische Engagement von Stiftungen. Die Veranstaltung wurde in Zusammenarbeit der Microfinance Initiative Liechtenstein, der LIFE Klimastiftung Liechtenstein und der LGT Venture Philanthropy Foundation organisiert. Professor Georg von Schnurbein vom Center for Philanthropy Studies (CEPS) an der Universität Basel referierte im Rahmen der Veranstaltung über neue Perspektiven und die Vielfalt der Investitionsmöglichkeiten für Stiftungen. Besonderes Gewicht legte er dabei auf den Aspekt des Mission Investing. Natija Dolic, Kommunikationschefin der LGT Venture Philanthropy, stellte die wichtigsten Aspekte des Impact Investing vor. Dabei ging sie vor allem auf die Möglichkeiten ein, Impact Investing möglichst erfolgreich umzusetzen. Im Anschluss an die Vorträge bot sich eine Networking- und Diskussionsplattform für die Teilnehmer des Forums. Das Impact Forum findet jährlich statt.

1 JAHR CARLO FOUNDATION

Am 6. Juli 2013 konnte die CARLO Foundation auf das erste Jahr ihrer Tätigkeit zurückblicken. Sie wurde 2012 als Public Private Partnership bestehend aus der Regierung des Fürstentums Liechtenstein, der MAMA Sustainable Incubation AG und dem Liechtensteinischen Bankenverband gegründet. Als erste unabhängige, nachhaltige und internationale Ratingstiftung will sie ein unabhängiges Finanzprodukterating zur Förderung eines nachhaltigen Finanzmarktes aufbauen. Damit besetzt sie eine Marktlücke: Bislang gibt es kein Rating, das die finanziellen und nicht finanziellen Aspekte integriert be-

trachtet. Im ersten Jahr ihrer Tätigkeit konnte die CARLO Foundation unter anderem eine internationale Dialogplattform einrichten sowie weitere potenzielle Träger und Partner für das Projekt begeistern. Im April dieses Jahres wurde darüber hinaus eine Umfrage unter mehr als 500 Stakeholdern lanciert, mit dem Ziel, einen breit akzeptierten Qualitätsstandard für Finanzprodukte zu definieren. Die Ergebnisse der Umfrage werden im November 2013 in einem ausführlichen Bericht veröffentlicht.

ZWIEFELHOFER NEUER STIFTUNGSRATS-PRÄSIDENT DER CARLO FOUNDATION

In ihrer Sitzung vom 1. Oktober 2013 hat die Regierung Liechtensteins beschlossen, dass Regierungschef-Stellvertreter Thomas Zwiefelhofer die Vertretung der Regierung im Stiftungsrat der gemeinnützigen CARLO Foundation übernimmt. Zwiefelhofer tritt damit zugleich die Nachfolge von Alt-Regierungschef Klaus Tschüscher als Stiftungsratspräsident an.



HANDBUCH: FORMEN DER MODERNEN PHILANTHROPIE

Die Center for Social and Sustainable Products AG (CSSP) hat im Oktober 2013 mit ihrem Handbuch „Formen der modernen Philanthropie – Neue Perspektiven für Stiftungen“ ein deutschsprachiges Orientierungswerk zu den Themen Philanthropie, Venture Philanthropie, Impact Investing und Responsible Investing herausgegeben. Das Werk soll einerseits den Begriff der Philanthropie klären und andererseits Organisationen die Möglichkeiten eines effizienten und wirkungsvollen philanthropischen Engagements aufzeigen. So nimmt denn auch zunächst Professor Georg von Schnurbein,

Leiter des CEPS an der Universität Basel, eine umfassende Begriffsklärung vor. Weitere Beiträge verfassten Andreas Rickert, Vorstandsvorsitzender der PHINEO gAG, Christoph Dreher, Geschäftsführer der Microfinance Initiative Liechtenstein, Simon Tribelhorn, Geschäftsführer der LIFE Klimastiftung Liechtenstein und des Liechtensteinischen Bankenverbandes sowie Oliver Oehri, Managing Partner des CSSP. Das Handbuch steht unter www.klimastiftung.li als PDF und als kostenloses E-Book zur Verfügung.

ERNEUT AAA-RATING FÜR LIECHTENSTEIN

Erneut wurde Liechtenstein im Länderrating von Standard & Poor's (S&P) mit der Bestnote AAA bewertet. Zudem wurde dem Land ein „stabiler Ausblick“ bescheinigt. Ausschlaggebend waren die ausserordentliche Kapitalkraft Liechtensteins, die gesunde Wirtschaft und der schuldenfreie Staatshaushalt. Auch die politische Stabilität sowie die kontinuierliche Bewältigung ökonomischer und finanzieller Herausforderungen führten zu dem guten Ergebnis. Zur Bestnote beigetragen haben zudem weitere Faktoren wie der Währungsvertrag mit der Schweiz, der Zugang liechtensteinischer Banken zu Finanzierungsfazilitäten der Schweizerischen Nationalbank sowie der aktive Umgang mit internationalen Regulierungsanforderungen und die zukunftsgerichtete Abkommenspolitik.

EXPERTENTREFFEN ZUR GELDWÄSCHEREIBEKÄMPFUNG

Am 1. Oktober 2013 kamen internationale Experten für Geldwäschereibekämpfung zu einem zweitägigen Treffen im liechtensteinischen Bergort Malbun zusammen, um über das Thema „Nationale Risikobewertung für internationale Finanzplätze“ zu diskutieren. Ziel des internationalen Meetings war es, Bedro-

hungen und Missbrauchsmöglichkeiten bei Geldwäscherei und Terrorismusfinanzierung frühzeitig zu erkennen. Geleitet wurde das Treffen von Daniel Thelesklaf, Leiter der Stabsstelle Financial Intelligence Unit (FIU), und John Aspden, Präsident der Group of international Finance Centres Supervisors, einer internationalen Vereinigung von Aufsichtsbehörden. Im Rahmen der Zusammenkunft erläuterten Vertreter des IWF, der Weltbank, der OSZE und des Europarates (Moneyval) vor Fachleuten aus 17 Staaten den aktuellen Standard und ihre wissenschaftlichen Methoden zur Erarbeitung einer nationalen Risikobewertung.

FMA GENEHMIGT ERSTE AIFM

Im August 2013 hat die Finanzmarktaufsicht Liechtenstein (FMA) die ersten beiden Manager alternativer Investmentfonds (AIFM) im Land zugelassen. Einer der Antragsteller ist die Fondsgesellschaft IFOS, eine Tochter der VP Bank Gruppe. Weitere Anträge auf eine Tätigkeit als AIFM sind derzeit bei der FMA noch hängig. Liechtenstein hat als erstes Land Europas die AIFM-Richtlinie der EU umgesetzt.

BANKING AWARD LIECHTENSTEIN 2013



Auch in diesem Jahr zeichnen der Liechtensteinische Bankenverband und die Universität Liechtenstein wieder Absolvierende aus dem Bereich Banking und Finance für hervorragende wissenschaftliche und praxisrelevante Leistungen im Rahmen ihrer Thesis-Projekte aus. Insgesamt elf Thesis-Projekte aus dem Masterstudengang Banking and Financial Management sowie dem Bachelorstudengang der Betriebswirtschaftslehre mit Vertiefung in International Financial Services wurden eingereicht. Eine sechsköpfige Fachjury wird je eine Bachelor- und Master-The-

News

Fortsetzung von Seite 7

sis für den begehrten Banking Award 2013 auswählen. Die Festveranstaltung zur Verleihung des Banking Awards findet am 28. November 2013 statt. Die Festansprache hält in diesem Jahr Herbert Pichler vom österreichischen Finanzministerium, welche dem Thema „Die Bankenunion und ihr Beitrag zur Stabilität des Europäischen Finanzmarktes“ gewidmet sein wird. Pichler wurde im Jahr 2013 von der österreichischen Finanzministerin Maria Fekter als Berater für Fragen der verstaatlichten Banken sowie für das Finanzmarktstabilitätsgesetz ins Bundesfinanzministerium berufen. Zuvor war er Syndikus der Bundessparte Bank und Versicherung bei der Österreichischen Wirtschaftskammer und hatte bis Ende 2010 Einsitz im Consultative Panel des Komitees der europäischen Bankenaufseher in London.

ZUFRIEDENSTELLENDEN HALBJAHRESZAHLEN DER LIECHTENSTEINISCHEN BANKEN

Die liechtensteinischen Banken zeigten sich mit dem ersten Halbjahr 2013 zufrieden. Sie konnten Konzernergebnisse und betreute Kundenvermögen steigern. Insgesamt konnten die 14 dem Liechtensteinischen Bankenverband angeschlossenen Banken mehr Neugeldzuflüsse als Abflüsse verzeichnen. Das betreute Kundenvermögen in Liechtenstein stieg auf CHF 118 Mrd.

LGT mit Neugeldzufluss

Im ersten Halbjahr 2013 konnte die LGT Group einen Neugeldzufluss von CHF 4,8 Mrd. verzeichnen. Damit erhöhten sich die verwalteten Vermögen auf CHF 108,7 Mrd. Aufgrund von Rekrutierungen und einem erhöhten Geschäftsaufwand verzeichnete die LGT einen um 6 Prozent tieferen Bruttoerfolg als im Vorjahressemester.

LLB steigert operative Leistung

Die LLB-Gruppe steigerte ihre operative Leistung im ersten Halbjahr 2013 deutlich. Bereinigt um Sonderfaktoren, stieg der Geschäftsertrag um 8,2 Prozent und der Geschäftsaufwand sank um 6,9 Prozent. Trotz eines Netto-Neugeld-Abflusses in Höhe von CHF 210 Mio. nahmen die Kundenvermögen um 1,2 Prozent auf CHF 50,5 Mrd. zu.

VP Bank steigert Konzerngewinn

Mit einem Konzerngewinn von CHF 28,3 Mio. (gegenüber CHF 11,4 Mio. im Vorjahr) und einem betreuten Kundenvermögen von CHF 28,8 Mrd. zeigt sich die VP Bank mit dem ersten Halbjahr 2013 zufrieden. Ein Anstieg des Kundenvermögens konnte trotz des Abflusses von CHF 239 Mio. an Kundengeldern erzielt werden. Auch die VP Bank richtet sich neu aus und hat bereits im vergangenen Jahr eine Konzentration auf das mittlere Private-Banking-Segment und das Intermediärgeschäft beschlossen.

LLB VADUZ ERZIELT LÖSUNG IM US-STEUERSTREIT

Die Liechtensteinische Landesbank AG Vaduz konnte sich mit den US-Behörden auf eine abschliessende Lösung im US-Steuerstreit einigen. Nach mehrmonatigen Verhandlungen unterzeichneten beide Seiten im Juli 2013 ein „Non-Prosecution Agreement“. Die USA beenden damit ihre Untersuchungen.

LLB-GRUPPE FOKUSSIERT SICH WEITER AUF DAS KERNGESCHÄFT

Die Liechtensteinische Landesbank AG (LLB) will bis Ende 2013 das Bankgeschäft ihrer Schweizer Tochter LLB (Schweiz) einstellen. Darüber hinaus wird auch das Treuhandgeschäft, die Jura Trust AG, an den Vorsitzenden der Geschäftsleitung

der Jura Trust verkauft. Diese Massnahmen erfolgen im Rahmen der Strategie Focus2015, mit der sich die LLB auf klar definierte Märkte und Kundensegmente konzentrieren will.



CENTRUM BANK MIT NEUEM CEO

Der Verwaltungsrat der Centrum Bank AG hat Olivier Jaquet zum neuen CEO ernannt. Thomas Lips übergab wie geplant die operative Leitung per 1. August 2013. Jaquet war zuletzt als CEO der Clariden Leu tätig, bevor diese in die Muttergesellschaft Credit Suisse integriert wurde. Thomas Lips wird der Bank weiterhin beratend zur Seite stehen.

UNVERÄNDERT GUTES RATING FÜR VP BANK GRUPPE

Die Ratingagentur Standard & Poor's (S&P) hat im September 2013 das Rating A- für die VP Bank Gruppe bestätigt und unterstrich damit deren hohe Kreditwürdigkeit. Insbesondere die als „sehr stark“ beurteilte Kapitalbasis hob S&P hervor und erhöhte auf dieser Basis den Ausblick für die VP Bank Gruppe von „negativ“ auf „stabil“. Auch die operativen Verbesserungen und die Fokussierung auf die Kernkompetenzen im Private Banking und im Intermediärgeschäft haben zu dem guten Ergebnis beigetragen.

GESCHÄFTSBERICHT DER VP BANK AUSGEZEICHNET

Bei den International ARC Awards in den USA erhielt der Geschäftsbericht 2012 der VP Bank erstmals einen Gold Award in der Kategorie „Banks: International“. Die ARC Awards zeichnen die weltbesten Geschäftsberichte aus. Sie

bewerten Kreativität, Klarheit der Botschaft und Qualität des Berichtes. 2013 nahmen 2'260 Teilnehmer aus 34 Ländern am Wettbewerb teil. Einen weiteren Gold Award erhielt die VP Bank mit ihrem Geschäftsbericht im Rahmen der Spotlight Awards der League of American Communications Professionals (LACP). Der Bericht der VP Bank konnte sich gegen mehr als 1'500 Einreichungen aus 12 Ländern erfolgreich behaupten und erhielt auch hier Bestnoten für Kreativität, ersten Eindruck sowie Gesamtstory.

GESCHÄFTSBERICHT LLB AUSGEZEICHNET

Mit ihrem Geschäftsbericht konnte die Liechtensteinische Landesbank AG (LLB) im Geschäftsberichterating des Schweizer Wirtschaftsmagazins „Bilanz“ Bestnoten erzielen. Von 234 untersuchten Berichten schweizerischer und liechtensteinischer Unternehmen rangiert die LLB hinsichtlich Gestaltung und Inhalt auf den Plätzen 4 und 7.

KAISER PARTNER PRIVATBANK AUSGEZEICHNET

Das britische Magazin „World Finance“ hat die Kaiser Partner Privatbank als „Beste Privatbank 2013 in Liechtenstein“ ausgezeichnet. Bei der Bewertung der Banken werden unter anderem die Bank-Performance, finanzwirtschaftliche Kennzahlen, die Vielfalt und Klarheit der Produkte und Services sowie die Unternehmensstrategie berücksichtigt.

ABKOMMENSPAKET MIT ÖSTERREICH RATIFIZIERT

Der Liechtensteinische Landtag stimmte am 6. September 2013 mit grosser Mehrheit dem Abkommenspaket mit Österreich zu. Insbesondere das Abgeltungssteuerabkommen gilt

News

Fortsetzung von Seite 9

als Meilenstein und wichtiger Schritt für den Finanzplatz. Es stellt die effektive Besteuerung der Vermögenswerte österreichischer Steuerpflichtiger, welche auf Konten oder Depots bei liechtensteinischen Banken verbucht sind oder von einem liechtensteinischen Treuhänder verwaltet werden, sowohl für die Zukunft als auch für die Vergangenheit sicher. Damit bietet es eine Lösung für die Vergangenheit und den Kunden gleichzeitig Rechts- und Planungssicherheit für die Zukunft.

NEUE ABKOMMEN MIT MALTA, INDIEN, KANADA UND MEXIKO

Die liechtensteinische Aussenministerin Aurelia Frick und der maltesische Aussenminister George Vella haben Ende September 2013 ein Doppelbesteuerungsabkommen auf Basis des OECD-Musterabkommens zwischen Liechtenstein und Malta unterzeichnet. Das Abkommen muss von den Parlamenten beider Länder noch ratifiziert werden. Die Steuerinformationsabkommen (TIEA) mit Indien, Kanada und Mexiko wurden von der Regierung genehmigt und im November 2013 vom Landtag verabschiedet.

REGIERUNGSCHEF HASLER AM ECOFIN-RAT

Am 15. Oktober 2013 traf der liechtensteinische Regierungschef Adrian Hasler anlässlich des ECOFIN-Treffens in Luxemburg mit den Finanzministern der EU- und EFTA-Staaten zusammen. Schwerpunkte des Treffens waren die europäische Kooperation im Bereich der Finanzdienstleistungen und der freie Marktzugang für liechtensteinische Finanzdienstleister. Bei einem Treffen mit Jonathan Faull, Generaldirektor für Binnenmarkt und Dienstleistungen bei der Europäischen Kommission, diskutierte Hasler über die Notwendigkeit der raschen Übernahme verschiedener Verordnungen in das EWR-

Abkommen, beispielsweise bezüglich der europäischen Bankenaufsichtsbehörde.

SANIERUNG UND SICHERUNG DER PENSIONSKASSE

Mit grosser Mehrheit hat der Liechtensteinische Landtag am 6. September 2013 die Pensionskassenlösung der Regierung verabschiedet. Ab dem 1. Juli 2014 soll die staatliche Pensionskasse dem Beitragsprimat und nicht mehr dem Leistungsprimat unterworfen sein. Jeder Versicherte verfügt dann über ein eigenes Pensionskonto, auf welchem angespart wird, die Zinsrisiken tragen die Versicherten. Der Staat kann so seine Haftungsrisiken minimieren.



© Liechtensteinischer Bankenverband

FMA-FINANZIERUNG

Der Liechtensteinische Landtag hat während der beiden Arbeitssitzungen im September und November 2013 die Abänderung des neuen Finanzierungsmodells für die Finanzmarktaufsicht Liechtenstein (FMA) behandelt und verabschiedet. Ziel der Abänderung ist die langfristige Sicherstellung einer nachhaltigen Finanzierung, die Vorhersehbarkeit und Berechenbarkeit

der Abgabenlast sowie ein transparentes und einfaches Finanzierungsmodell. Die Gesetzesvorlage sieht eine Finanzierung der FMA durch eine fixe Grundabgabe, eine berechenbare variable Zusatzabgabe, Gebühreneinnahmen und einen Staatsbeitrag von CHF 5 Mio. vor.

EINIGUNG BEI DER EU-BANKENAUF SICHT

Der erste Pfeiler der Bankenunion nimmt konkrete Form an. Die Europäische Zentralbank (EZB) wird ab November 2014 etwa 130 Grossbanken des Euroraums direkt beaufsichtigen. Darauf einigten sich die EU-Finanzminister am 15. Oktober 2013 in Luxemburg. Das Europäische Parlament hatte der entsprechenden Rechtsgrundlage bereits im September 2013 zugestimmt. Die EZB wird für die Bankaufsicht etwa 1'000 neue Angestellte benötigen.

G20 BESCHLIESSEN AUTOMATISCHEN INFORMATIONSAUSTAUSCH

Am 6. September 2013 vereinbarten die Staats- und Regierungschefs der G20 in St. Petersburg, ab 2015 den automatischen Informationsaustausch untereinander einzuführen. Damit wollen die G20 gegen Steuerflucht und aggressive Steuergestaltung vorgehen. Die angestrebten OECD-Standards sollen sich an der US-Gesetzgebung FATCA orientieren.



CARL BAUDENBACHER ALS RICHTER AM EFTA-GERICHTSHOF BESTÄTIGT

Der Präsident des EFTA-Gerichtshofs, Carl Baudenbacher, ist im Juli 2013 für eine vierte Amtszeit von sechs Jahren als Richter am EFTA-Gerichtshof bestätigt worden. Baudenbacher wurde 1995 auf Vorschlag Liechtensteins zum Richter am EFTA-Gerichtshof gewählt und präsidiert diesen seit 2003.

Der EFTA-Gerichtshof hat seinen Sitz in Luxemburg und ist als Pendant zum Europäischen Gerichtshof für die Auslegung des EWR-Abkommens für die EFTA-Staaten zuständig. Jeder EWR-Staat stellt einen der drei Richter am EFTA-Gerichtshof.



FAKTEN UND ZAHLEN ZUM EUROPÄISCHEN BANKENSEKTOR

Der Europäische Bankenverband (EBF) hat erneut eine Broschüre zum europäischen Bankensektor publiziert. Der liechtensteinische Bankenplatz nahm demgemäss auch 2012 im europäischen Vergleich einen Spitzenplatz ein. Die Broschüre steht auf der Homepage des Liechtensteinischen Bankenverbandes unter der Rubrik „externe Publikationen“ zum Download bereit.

Banken erlassen Richtlinie zur Steuerkonformität

Im Bestreben, unbesteuerter Vermögenswerte vom Finanzplatz Liechtenstein fernzuhalten, haben sich die liechtensteinischen Banken zu einheitlichen Mindeststandards in Bezug auf die anzuwendenden Sorgfaltspflichten hinsichtlich der Steuerkonformität ihrer Kunden verpflichtet.

von Simon Tribelhorn und Adolf E. Real

Bereits vor einem Jahr haben die liechtensteinischen Banken im Zusammenhang mit den laufenden Abkommensverhandlungen mit verschiedenen Staaten eine Richtlinie erlassen, welche sie verpflichtete, vor Inkrafttreten allfälliger Regularisierungslösungen einer Verschiebung von Vermögen aus dem Anwendungsbereich dieser Abkommen nicht aktiv Vorschub zu leisten. Damit liessen sie allfällige Bedenken hinsichtlich der sogenannten Abschleicherthematik gar nicht erst aufkommen. Nun haben die liechtensteinischen Banken eine nochmals wesentlich weiter gefasste Richtlinie hinsichtlich der Steuerkonformität ihrer Kunden verabschiedet.

Einheitlicher Mindeststandard

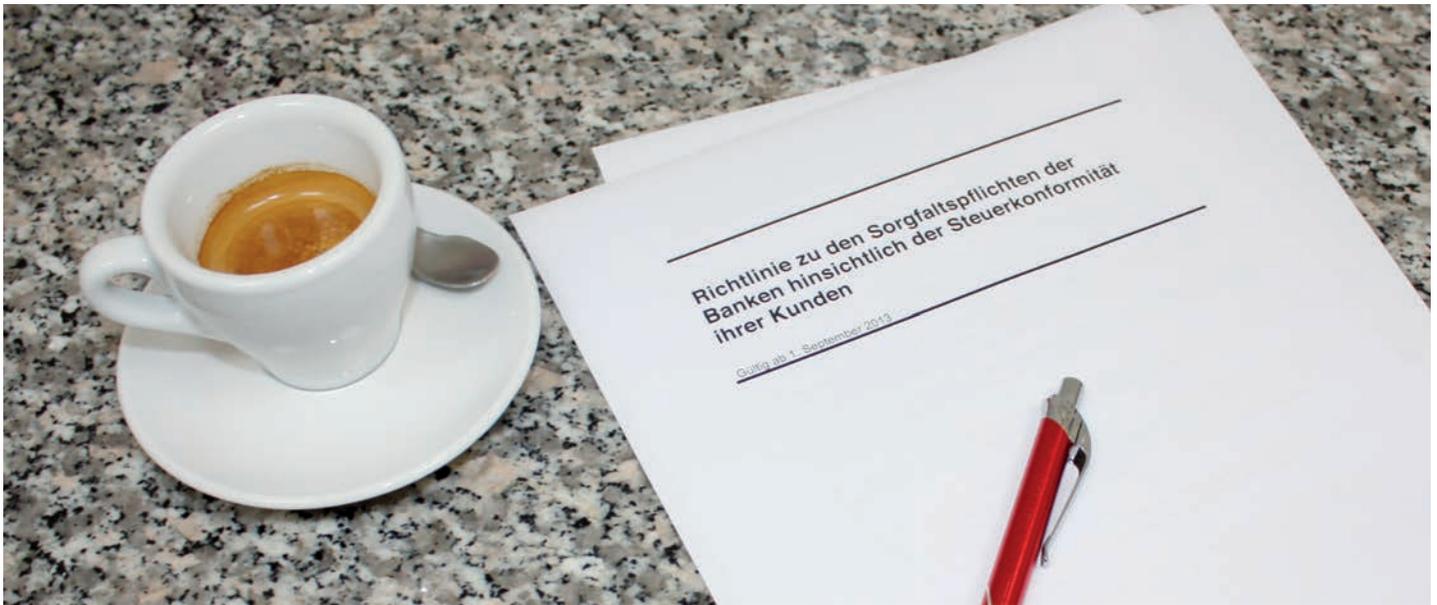
Die Richtlinie hält in ihren Grundsätzen fest, dass es zwar weiterhin Aufgabe der Kunden sei, ihren Steuerpflichten nachzukommen, gleichzeitig sei es den Banken aber wichtig, Massnahmen zu ergreifen, um unbesteuerte Gelder vom Finanzplatz fernzuhalten und sich nicht dem Vorwurf der Beihilfe zu steuerrechtswidrigem Verhalten auszusetzen. Damit soll das Ansehen des Finanz- und Bankenplatzes weiter gestärkt werden. Die Banken haben sich bereits mit der ICMA Private Banking Charter of Quality höchsten internationalen Qualitätsstandards auf Grundlage der drei Prinzipien Integrität, Transparenz und Professionalität verschrieben. Basierend darauf liefern die Banken mit der Richtlinie eine Systemantwort im Sinne von bankenplatzweiten Mindeststandards. Die Richtlinie stellt eine konsequente Fortführung und Formalisierung der bereits seit Längerem auf dem Bankenplatz eingeschlagenen und praktizierten Steuerkonformitätsstrategie des Bankenplatzes Liechtenstein dar und verleiht dieser Glaubwürdigkeit und Nachdruck.

Herzstück risikobasierter Ansatz

Das Herzstück der Richtlinie bildet der sogenannte risikobasierte Ansatz. Danach sind die Banken verpflichtet, vor der Eröffnung einer Kundenbeziehung und der Entgegennahme von entsprechenden Vermögenswerten im Falle eines erhöhten Risikos steuerrechtswidrigen Verhaltens weitere Abklärungen zu treffen. Die Richtlinie führt dazu beispielhaft verschiedene risikoe erhöhende und risikominimierende Faktoren auf, welche die Banken in Betracht zu ziehen haben. Führen die Abklärungen nicht zu einem plausiblen Ergebnis, so lehnen die Banken die Eröffnung einer Geschäftsbeziehung und die Annahme der Vermögenswerte ab. Analog gehen die Banken bei der Annahme von Neugeld bei Bestandskunden vor. Bestandskunden, mit deren Domizilland eine staatsvertragliche Vereinbarung zur Regularisierung von Vermögenswerten besteht, wie beispielsweise die Liechtenstein Disclosure Facility (LDF) mit Grossbritannien oder das österreichisch-liechtensteinische Abgeltungssteuerabkommen, werden ebenso auf ihrem Weg in die Steuerkonformität unterstützt wie alle übrigen Kunden des Finanzplatzes Liechtenstein. Es ist den Banken ein Anliegen, die Bestandskunden im Bedarfsfall aktiv in die Steuerkonformität zu begleiten und Liechtenstein als attraktiven, steuerkonformen Finanzplatz zu erhalten.

Verschärfte Sorgfaltspflichten auch bei Bartransaktionen

Bereits bis anhin galten auf Basis der im vergangenen Jahr erlassenen Richtlinie gewisse Restriktionen bei Barsaldierungen. Da Bartransaktionen potenziell geeignet sind, Steuerhinterziehung, Steuerbetrug oder andere Steuerdelikte zu fördern, wurden die Vorschriften für Barausgänge generell nochmals verschärft. So dürfen Barausgänge im Gegenwert von mehr als CHF 100'000



unter anderem nur zugelassen werden, wenn plausibel ist, dass damit kein Steuerdelikt begangen oder fortgeführt wird. Die Banken sind zudem verpflichtet, für entsprechende Barausgänge besondere Kontrollmechanismen in ihren internen Reglementen vorzusehen.

Verband prüft Umsetzung

Die Banken erlegen sich diese Richtlinie im Sinne eines gemeinsamen Praxisstandards am Bankenplatz selbst auf. Die Überprüfung der Einhaltung erfolgt durch den Liechtensteinischen Bankenverband (LBV). Der LBV hat mit dieser Aufgabe im November 2013 begonnen. Die Richtlinie trat per 1. September 2013 in Kraft und wurde mittlerweile von den Banken umgesetzt.

BANKS ISSUE TAX COMPLIANCE GUIDELINE

To keep untaxed assets away from the financial centre Liechtenstein, the Liechtenstein banks have undertaken to apply uniform minimum standards with respect to the due diligence obligations for their customers' tax compliance.

A year ago, the Liechtenstein banks had already issued a guideline that imposed the obligation upon them not to actively promote the shifting of assets from the scope of application of these agreements before any regularisation solutions entered into force. Now, the Liechtenstein banks have issued an even more extensive guideline for the tax compliance of their customers.

Uniform Minimum Standard

The guideline stipulates that the banks are interested in taking measures to keep untaxed assets away from the financial centre. The banks, with this guideline, provide a system response in terms of minimum standards applicable throughout the banking centre. The guideline consistently continues and formalises the tax compliance strategy on which the banking centre has embarked.

Core Element Risk-based Approach

The core element of the guideline is the risk-based approach, according to which the banks must, in the case of an increased risk of behaviour in violation of tax law, clarify further details before opening a client relationship and accepting assets. It is of concern to actively guide and coach existing customers into tax compliance if necessary and to preserve Liechtenstein as an attractive, tax-compliant financial centre. Based on the guideline released last year, certain restrictions have already been in force in connection with cash withdrawal. have been further tightened. The banks voluntarily impose this guideline upon themselves in terms of a common standard of practice for the banking centre. The Liechtenstein Bankers Association audits the compliance by November 2013. The guideline entered into force as of 1 September 2013 and has been implemented by the banks by 31 October 2013.

The guideline can be downloaded in English and German from the website of the Liechtenstein Bankers Association (www.bankenverband.li).

Public Private Partnership

Bündnis mit grosser Schlagkraft

Immer mehr Initiativen sind dank einer starken und gleichberechtigten Partnerschaft zwischen öffentlichem Sektor und Privatwirtschaft erfolgreich. Diese sogenannte Public Private Partnership ist auch am Finanzplatz Liechtenstein ein erprobtes Modell. LBV-Präsident Adolf E. Real erklärt die Hintergründe.

Interview mit Adolf E. Real

Herr Real, Sie machen sich für Public Private Partnerships (PPP) in Liechtenstein stark. Warum?

Liechtenstein befindet sich inmitten einer Phase des Umbruchs. Um für unseren Finanzplatz ein solides Fundament zu sichern, müssen alle Akteure noch enger zusammenarbeiten. Wir haben die einmalige Chance, die für Liechtenstein so charakteristische enge Verzahnung von Politik, Wirtschaft und Finanzplatz zu nutzen und eine Vorreiterrolle einzunehmen. Wir übernehmen gemeinsam Verantwortung, nicht nur für das Hier und Jetzt, sondern auch für die nachfolgenden Generationen, die auf dem aufbauen, was wir heute bewirken.

Was versteht man eigentlich unter einer Public Private Partnership?

Grundsätzlich geht es darum, im Rahmen einer Partnerschaft zwischen dem öffentlichen und dem privaten Sektor ein Projekt zu verwirklichen. Wichtig ist dabei der Aspekt der Partnerschaft und das gegenseitige Commitment zum gemeinsamen Projekt. Im Rahmen der Partnerschaft sollen die Synergien, die sich aus den unterschiedlichen Stärken und dem spezifischen Know-how der Partner ergeben, genutzt werden. Aufgaben und Risiken werden entsprechend verteilt, sodass ein maximaler Grad an Effizienz sichergestellt wird.

Seit einigen Jahren wächst die Anzahl von PPPs stark. Worauf führen Sie das zurück?

Mit wachsenden Schulden und zunehmend unausgeglichene Haushalten mussten viele Staaten Wege finden, ihren Aufgaben trotz knappem Budget nachzukommen. Die öffentliche Hand hat immer weniger Ressourcen, um die sozialen und ökologischen Probleme bewältigen zu können. PPPs können hier eine Lücke füllen: Der öffentliche Sektor kann mithilfe des privaten Engagements seine Aufgaben ohne zusätzliche Schulden erfüllen. Und auch die Partner aus dem privaten Sektor profitieren. Sie können ihr Know-how unter Beweis stellen und von der Stabilität und Glaubwürdigkeit des öffentlichen Sektors als Partner profitieren. Es ergibt sich eine klassische Win-win-Situation.

Inwiefern profitiert der Staat konkret davon?

Der Staat hat Pflichten, die er den Bürgern oder der Staatengemeinschaft gegenüber erfüllen muss und nicht aus der Hand geben darf, wie beispielsweise Bildung, medizinische Versorgung, Klimaschutz oder Entwicklungshilfe. Im Rahmen einer PPP hat er die Möglichkeit, Teile seiner Verpflichtungen auf mehrere Schultern zu verteilen, ohne die Kontrolle darüber zu verlieren.

Können Sie uns ein Beispiel dafür geben?

Liechtenstein hat sich beispielsweise, wie andere Staaten auch, verpflichtet, seinen Beitrag zum Erreichen der Klimaziele aus dem Kyoto-Protokoll zu leisten. Allerdings gehört der Klimaschutz nicht zu den Kernaufgaben und Kernkompetenzen des Staates. Um die Ziele effizient und nachhaltig zu erreichen, braucht es also Verbündete. Wenn Staat, Finanz- und Wirtschaftsstandort zusammenarbeiten, kann dabei etwas wirklich Grosses entstehen. Die LIFE Klimastiftung Liechtenstein ist denn auch seit fünf Jahren erfolgreich am Markt; die Zusammenarbeit zwischen innovativen Unternehmen, Banken und der Regierung hat sich zu einem Bündnis mit grosser Schlagkraft entwickelt, aus dem bereits zahlreiche Ideen entstanden sind und Projekte umgesetzt wurden.

Gibt es noch weitere Kooperationen dieser Art in Liechtenstein?

Eine der ersten war die Microfinance Initiative Liechtenstein (MIL). Sie besteht seit mittlerweile acht Jahren und zielt auf Armutsbekämpfung in Entwicklungsländern. Entwicklungshilfe ist eine Aufgabe des Staates. Dank der Kooperation mit dem Finanzsektor erhält er im Rahmen der PPPs wertvolles Know-how ohne Zusatzkosten. Erst im vergangenen Jahr haben wir darüber hinaus die CARLO Foundation als PPP gegründet, die sich zum Ziel gesetzt hat, einen akzeptierten Mindeststandard für Nachhaltigkeit zu definieren und darauf aufbauend ein ganzheitliches Nachhaltigkeitsrating für Finanzprodukte zu entwickeln. Die CARLO Foundation wurde als Vorzeige-PPP an die Klimakonferenz in Warschau eingeladen und wird dort die Stif-

Adolf E. Real

Adolf E. Real ist seit Februar 2010 Präsident des Liechtensteinischen Bankenverbandes. Er ist darüber hinaus als Unternehmer und Verwaltungsrat tätig. Adolf E. Real war zuvor 26 Jahre bei der VP Bank in Vaduz tätig, der er seit 1998 als CEO vorstand. Er studierte Agrarökonomie an der ETH Zürich und Betriebswirtschaft an der Universität St. Gallen sowie an der University of San Diego, USA.



tung und ihre Aktivitäten einem internationalen Publikum vorstellen. Auch die integrierte Finanzplatzstrategie ist im weitesten Sinne eine öffentlich-private Partnerschaft. Ziel des Projekts ist die Stärkung des Finanzplatzes in Zeiten von Transparenz und zunehmendem internationalen Wettbewerb. Daran haben sowohl der Staat als auch die Wirtschaft ein Interesse. Die MIL und die LIFE Klimastiftung Liechtenstein blicken auf langjährigen Erfolg zurück. Aber auch die CARLO Foundation und die integrierte Finanzplatzstrategie sind auf dem besten Weg, zu Erfolgsgeschichten zu werden. Das gemeinsame Engagement von privatem und öffentlichem Sektor hat inzwischen in Liechtenstein eine gewisse Tradition, die Akteure sind eingespielt, vertrauen einander und wissen, wie sie effizient zusammenarbeiten.

Erst jüngst hat der Regierungschef das Präsidium der LIFE Klimastiftung Liechtenstein übernommen, der Regierungschef-Stellvertreter ist Stiftungsratspräsident der CARLO Foundation. Warum ist das Engagement der Regierung hier so wichtig?

Für uns stellt das Engagement der Regierung ein bedeutendes Bekenntnis dar. Ein Bekenntnis, gemeinsam mit der Wirtschaft wichtige Projekte vorantreiben zu wollen. Das Engagement für unsere Zukunft und die unserer Nachkommen ist nicht Sache einzelner. Hier müssen wir alle zusammenarbeiten und an einem Strang ziehen, „public“ und „private“. Dass die Regierung sich zu ihrer Verantwortung bekennt, ist ein wichtiges Signal auch für die Kontinuität und Glaubwürdigkeit unserer Arbeit.

Was können die Banken konkret zu einer Public Private Partnership beitragen?

Die Banken leisten auf sehr unterschiedliche Weise ihren Beitrag: Sie sind die ersten im Markt, die ein Bedürfnis oder eine Marktlücke, wie zum Beispiel ein Rating, das den finanziellen mit dem Nachhaltigkeitsaspekt verbindet, lokalisieren. Mit ihrem Know-how in der Finanzindustrie ermöglichen sie erst entsprechende Projekte wie die

CARLO Foundation oder die MIL. Darüber hinaus nehmen die Banken eine Schnittstellenposition innerhalb von Wertschöpfungsketten und Kapitalströmen ein. Sie sind in der Lage, für viele Projekte das nötige Kapital zur Verfügung zu stellen oder zu vermitteln, beispielsweise im Emissionshandel oder bei der Finanzierung technologischer Innovationen.

Was bringt das Engagement für die Banken?

Das Engagement für die Neupositionierung des Finanzplatzes ist den Banken ein wichtiges Anliegen; die Zusammenarbeit von Wirtschaftsakteuren und Regierung für einen stabilen, nachhaltigen und qualitativ hochwertigen Finanzplatz ist dabei eine ihrer zentralen Forderungen. PPPs sind dafür ein geeignetes Modell. Sie können im Rahmen der PPPs aber auch neue Märkte erschliessen, Know-how generieren und ihren Kunden ein breit gefächertes Portfolio anbieten. Nicht zuletzt haben die Projekte, bei denen der öffentliche Sektor an Bord ist, auch eine hohe Glaubwürdigkeit.

Liegt also in den Public Private Partnerships der Schlüssel für die zahlreichen nationalen und internationalen Herausforderungen unserer Zeit?

PPPs sind nicht die Lösung für alle Probleme, aber eine sehr zeitgemässe Art der Kooperation, über die es sich in jedem Fall nachzudenken lohnt. Eine starke und gleichberechtigte Partnerschaft zwischen öffentlichem und privatem Sektor erleichtert es, möglichst viel Know-how zusammenzutragen, eine solide finanzielle Basis zu schaffen und wichtige Projekte zu verwirklichen. Zudem steigt die Erkenntnis, dass gerade ökologische Probleme nur grenzüberschreitend und gemeinschaftlich angegangen werden können und die immer mehr globalisierte Welt auch zu einer zunehmenden Komplexität führt, die eine Zusammenarbeit von Wirtschaft und Staat grenzüberschreitend nicht nur sinnvoll machen, sondern auch erfordern.

Fortsetzung von Seite 15

Public Private Partnership

Als Public Private Partnership (PPP) bezeichnet man die Kooperation von Staat und Privatwirtschaft im Rahmen eines klar definierten Projekts. Eine offizielle Definition des Begriffs existiert nicht, da es zahlreiche unterschiedliche Formen und Möglichkeiten von PPPs gibt. Der Verein PPP Schweiz definiert einige Merkmale, die PPPs auszeichnen: Die Erfüllung einer öffentlichen Aufgabe als Ziel, die Beteiligung mindestens je eines privaten und öffentlichen Partners, die Bündelung von Ressourcen und das Bilden einer Verantwortungsgemeinschaft. Insbesondere Letzteres weist auf einen wichtigen Punkt hin: Bei PPPs geht es nicht um die rein finanzielle Beteiligung der Partner im Sinne eines Sponsorings. Alle Beteiligten übernehmen Verantwortung und engagieren sich im Rahmen ihrer jeweiligen Möglichkeiten. Im Rahmen von PPPs wurden bereits zahlreiche Projekte in verschiedenen Bereichen verwirklicht. Vor allem im Verkehrs- und Gesundheitswesen hat sich die Zusammenarbeit von Staat und Privatwirtschaft bewährt.

PPP im Finanzbereich

Auch im Finanzdienstleistungssektor ergeben sich zunehmend Möglichkeiten. Auf dem Gebiet der Entwicklungshilfe beispielsweise wurde in Liechtenstein 2005 die Microfinance Initiative Liechtenstein (MIL) als PPP gegründet. Microfinance bietet Finanzdienstleistungen für Menschen, die wegen ihrer geringen Einkommen von traditionellen Banken nicht bedient werden. Microfinance ermöglicht den Menschen auf diese Weise, ihr wirtschaftliches Potenzial zu entwickeln. Im Rahmen der MIL engagieren sich auf Staatsseite das liechtensteinische Amt für Auswärtige Angelegenheiten, der Liechtensteinische Entwicklungsdienst sowie die Universität Liechtenstein und von Seiten der Finanzwirtschaft die Enabling Finance AG, die Hilti Foundation,

der Liechtensteinische Bankenverband und die Medicor Foundation.

Finanzplatz als Drehscheibe im Klimaschutz

Im Bereich des Klimaschutzes engagiert sich die LIFE Klimastiftung Liechtenstein als gemeinnützige Stiftung erfolgreich in Liechtenstein und international. Gemeinsam mit zahlreichen weiteren Institutionen will sie das Bewusstsein im gesamten Bereich des Klimaschutzes und der Nachhaltigkeit stärken. Zu den Trägern der Stiftung gehören die Regierung Liechtensteins und die Universität Liechtenstein als Vertreterinnen des Staates sowie der Liechtensteinische Bankenverband, der Liechtensteinische Anlagefondsverband, die Liechtensteinische Treuhändervereinigung und der Liechtensteinische Versicherungsverband als Vertreter der Finanzwirtschaft. Ebenfalls eine erfolgreiche PPP.

Nachhaltiges Finanzprodukterating

Die jüngste Public Private Partnership wurde im Juli 2012 mit der international ausgelegten CARLO Foundation gegründet. Das Ziel der CARLO Foundation besteht darin, einen international akzeptierten Mindeststandard für nachhaltige Finanzprodukte sowie darauf aufbauend ein Rating-system für nachhaltige Geldanlagen zu entwickeln, welches die sogenannten ESG-Kriterien, bestehende Finanzkennzahlen und -ratings miteinbezieht. Damit soll das Bewusstsein und das Interesse an nachhaltigen Anlagemöglichkeiten in der Öffentlichkeit gefördert sowie den Investoren und Emittenten von Finanzprodukten Orientierungshilfe geboten werden. Träger der CARLO Foundation sind die Regierung Liechtensteins, der Liechtensteinische Bankenverband, die MAMA Sustainable Incubation AG, ein Think-Tank mit Sitz in Berlin und neu auch das Institut für Public Social Responsibility in Wien.



Liechtenstein muss selbstbewusster auftreten

Die Medicor Foundation wurde als gemeinnützige Stiftung mit dem Ziel gegründet, bedürftigen Menschen langfristig zu besseren Lebensumständen zu verhelfen. Fortunat Walther, geschäftsführender Stiftungsrat, spricht im BANKENMAGAZIN über das vielseitige Wirken der Stiftung und erklärt, was Liechtenstein als Stiftungsstandort ausmacht.

Interview mit Fortunat Walther

Die Medicor Foundation wurde 1995 durch eine private Initiative gegründet. Welche Beweggründe führten zur Gründung der Stiftung?

Das Bedürfnis, Menschen in Not zu helfen und zu unterstützen, war der Ursprungsgedanke, der zur Gründung dieser gemeinnützigen Stiftung geführt hat. Der Name Medicor steht für medical educational international charitable organisation, was grob den Stiftungszweck umschreibt. Als philanthropische Stiftung möchten wir einen wesentlichen Beitrag leisten, die Lebensumstände von bedürftigen Menschen langfristig zu verbessern.

In welchen Bereichen ist die Stiftung tätig?

Die Medicor Foundation fördert vorwiegend Projekte der Entwicklungszusammenarbeit und leistet somit einen Beitrag an die Erreichung der Millenniumsziele der Vereinten Nationen. Sie engagiert sich in drei Kernbereichen: in der Bildung für frühkindliche Erziehung, Primarschul- und Sekundarschulbildung sowie berufliche Bildung, die einen raschen Einstieg ins Erwerbsleben ermöglicht. Im Bereich Gesundheit ist es der Zugang zu Trinkwasser, gesunder Ernährung und medizinischer Basisversorgung. Im Bereich soziale Hilfe steht die fachspezifische Betreuung von Menschen mit Behinderungen, alten und gebrechlichen Menschen und von Gewalt betroffenen Frauen und Kindern im Vordergrund. Des Weiteren stehen Mittel für die Katastrophenhilfe und medizinische Forschung zur Verfügung.

Sie unterstützen sehr konkrete Projekte. Auf welcher Basis werden diese ausgewählt?

Wir arbeiten in erster Linie mit ausgewählten professionellen

Partnern mit Sitz in der Schweiz, Österreich, Deutschland und dem Vereinigten Königreich zusammen. In Liechtenstein sind es der Liechtensteinische Entwicklungsdienst (LED), das Amt für Auswärtige Angelegenheiten (AAA) und das Ausländer- und Passamt (APA). Bei der Auswahl der Projekte gibt uns unsere Strategie die Leitplanken vor. Für die einzelnen Regionen ist jeweils ein festes Budgetvolumen definiert. Natürlich achten wir auf Wirksamkeit und Nachhaltigkeit der vorgeschlagenen Interventionen. Wichtig ist für uns, dass die Projekte möglichst nahe bei den Begünstigten ansetzen.

Wie kontrollieren Sie die Durchführung und die Wirksamkeit dieser Projekte?

Kontrolle ist hier der falsche Begriff. Wir verfolgen die Umsetzung der Projekte anhand der eingereichten Projektfortschrittsberichte, indem wir die Erreichung der vereinbarten Ziele überprüfen. Zusätzlich lassen wir uns durch Besuche vor Ort von der Qualität und Wirksamkeit der Projekte überzeugen. Dabei stellen wir in Gesprächen mit den lokalen Partnern und den begünstigten Menschen immer auch die Frage nach der Relevanz der Unterstützung beziehungsweise der Akzeptanz durch behördliche Strukturen oder Organisationen.

Die Medicor Foundation engagiert sich in Afrika, Lateinamerika und der Karibik sowie Osteuropa. Welche Überlegungen stehen hinter der Auswahl dieser Regionen?

Es liegt auf der Hand, dass wir mit den zur Verfügung stehenden Mitteln unsere Welt nicht grundsätzlich verändern oder verbessern, geschweige denn die Not oder gar die Armut in den Ländern

Fortunat Walther

Fortunat Walther ist Entwicklungsexperte und seit 2007 geschäftsführender Stiftungsrat der Medicor Foundation. Bevor er zur Stiftung stiess, war er in Graubünden beim Amt für Berufsbildung als Berufsschulberater tätig. Fortunat Walther ist seit den frühen 1990er Jahren in der Entwicklungszusammenarbeit in Asien, Lateinamerika, Osteuropa und Afrika tätig. Er lebte mehrere Jahre in Entwicklungsländern und verfügt über einschlägige Felderfahrung.



ausmerzen können. Um fokussierter zu wirken, haben wir uns auf die aus unserer Sicht entwicklungsrelevanten drei Regionen festgelegt.

Die Projekte dauern in der Regel zwischen ein und drei Jahren. Wie stellen Sie sicher, dass die positiven Auswirkungen des jeweiligen Projekts auch langfristig Bestand haben?

Wenn Sie von ein bis drei Jahren sprechen, bezieht sich dies bei einer Vielzahl von Projekten auf eine Phasendauer. Nachhaltige Veränderungen geschehen nicht über Nacht. Dies gilt vor allem für Projekte im Bildungs- wie auch im Gesundheitsbereich. Typischerweise werden in einer ersten Phase neue Konzepte entwickelt und erprobt. Fallen die Erfahrungen positiv aus, werden diese in einer zweiten Phase vertieft oder ausgeweitet. In einer dritten Phase müssen die eingeführten Massnahmen gefestigt und vom lokalen Partner selbst übernommen werden. Kurzfristig ausgelegte Interventionen sind meist nicht gut durchdacht und haben in der Regel keinen Bestand.

Was können gemeinnützige Stiftungen zur Reputation des Finanzplatzes Liechtenstein beitragen?

Der Finanzplatz Liechtenstein steht mitten in einem Transformationsprozess. Imagepflege und Vertrauen zu schaffen, sind von zentraler Bedeutung. Gemeinnützige Stiftungen tragen dazu bei, die Reputation des Finanzplatzes und des Landes Liechtenstein als verlässlichen Partner international zu stärken. Mit der Einführung des neuen Stiftungsrechts und mit der dafür zuständigen Stiftungsaufsicht STIFA wurde ein grundlegend neuer Weg eingeschlagen. Bekanntlich gibt es in Liechtenstein viele gemein-

nützige Stiftungen, 21 davon sind Mitglieder in der im Jahre 2010 gegründeten Vereinigung gemeinnütziger liechtensteinischer Stiftungen (VGLS). Diese sollten bestrebt sein, in Erscheinung zu treten sowie offen und transparent über ihre Tätigkeit zu berichten. Die Medicor Foundation hat diesbezüglich nur positive Erfahrungen gemacht und bei den Partnerorganisationen eine grosse Akzeptanz und Bekanntheit erfahren. Über Stiftungsverbände kann die internationale Zusammenarbeit intensiviert und weiter ausgebaut werden.

Die Medicor Foundation ist auch Mitglied beim European Foundation Centre. Wie nimmt man hier den liechtensteinischen Finanzplatz wahr?

Im März dieses Jahres haben Vertreter des European Foundation Center (EFC) Liechtenstein besucht und Gespräche mit der hiesigen Regierung, der Universität sowie mit Stiftungsvertretern und den Verbänden der verschiedenen Finanzintermediäre geführt. Sie waren beeindruckt von der Organisation des Finanzplatzes und der weit fortgeschrittenen Stiftungstätigkeit. Als Folge dieses Besuchs hat die Medicor Foundation als erste liechtensteinische Stiftung die Mitgliedschaft beim EFC beantragt und auch erhalten. Diese Organisation zählt rund 230 Mitglieder, die sich durch ihre Professionalität, Strategie und Transparenz auszeichnen.

Was spricht für Sie für den Standort Liechtenstein?

Das neue, duale Stiftungsrecht, die langjährige Erfahrung der Akteure und die guten Ausbildungsmöglichkeiten in Liechtenstein gewährleisten ein hohes Mass an Professionalität. Liech-

Medicor Foundation

Die Medicor Foundation wurde 1995 als unabhängige, gemeinnützige Stiftung mit Sitz in Liechtenstein gegründet und untersteht der liechtensteinischen Stiftungsaufsichtsbehörde. Sie ist Gründungsmitglied der Vereinigung liechtensteinischer gemeinnütziger Stiftungen und seit diesem Jahr auch Mitglied des European Foundation Centre. Die Medicor Foundation unterstützt Projekte in den Bereichen Bildung, Gesundheit und soziale Hilfe in Ländern Afrikas, Lateinamerikas und

der Karibik sowie Osteuropas. Diese sollen möglichst direkt und nachhaltig zur Verbesserung der Lebensumstände bedürftiger Menschen beitragen. Die Stiftung verpflichtet sich zu einer nachhaltigen Entwicklung und ist bestrebt, ihre Vermögenswerte in sozial- und umweltverantwortliche Unternehmen zu investieren. www.medicor.li

Fortsetzung von Seite 19

tenstein besitzt eine ausgezeichnete Infrastruktur im Finanzdienstleistungssektor, aber auch ausserhalb. Der Standort profitiert von seiner zentralen geografischen Lage und seiner Mitgliedschaft in zwei Wirtschaftsräumen. Dazu kommen stabile politische, soziale und wirtschaftliche Verhältnisse mit attraktiven steuerlichen Rahmenbedingungen sowie eine liberale Wirtschaftspolitik. Dies alles widerspiegelt sich im AAA-Länderrating Liechtensteins. Jedoch muss das Land noch proaktiver, offener und selbstbewusster auftreten.

Die Medicor Foundation ist Mitglied der Microfinance Initiative Liechtenstein (MIL). Wo sehen Sie den Mehrwert sozial verantwortlicher und zugleich unternehmerischer Initiativen im Vergleich zu rein sozialem Engagement?

Man darf das eine nicht gegen das andere ausspielen. Bei der MIL steht das Thema Mikrofinanz im Zentrum. Der Zugang zu Finanzdienstleistungen, insbesondere zu Krediten, ist für einen Grossteil der Bevölkerung in Entwicklungsländern erschwert oder gar unmöglich. Kleine Anschubfinanzierungen, die es ermöglichen, Handel, Produktion und Verkauf zu betreiben, sind ein erfolgreiches Instrument, unternehmerisch denkende Menschen vorwärtszubringen. Diese lösen in der Regel zuerst bei sich, bald aber auch in ihrer unmittelbaren Umgebung eine wirtschaftliche Entwicklung aus, die längerfristig Bestand hat und auf äussere Unterstützung verzichten kann. Es ist diese Überzeugung, welche die Medicor Foundation dazu bewegt hat, sich in diesem Bereich zu engagieren und zusammen mit anderen Stiftungen in Liechtenstein den EMF Microfinance Fund zu lancieren. Diese neue wirkungsorientierte Form der Investition, das

sogenannte Impact Investing, zielt darauf ab, sowohl eine finanzielle wie auch eine soziale Rendite zu erreichen.

Der LBV engagiert sich ebenfalls im Rahmen sozialer und ökologischer Initiativen. Wie wichtig ist es aus Ihrer Sicht, dass sich die Banken aktiv engagieren?

Im Finanzdienstleistungssektor sind die Banken die grössten Akteure. Wenn der Finanzplatz als verantwortungsvoller, sich der Gesellschaft und Umwelt verpflichtender Sektor etablieren möchte, ist es unabdingbar, dass sich dieser als Institution selbst und nicht nur über ihre Kundinnen und Kunden engagiert.

Können Sie uns den Begriff Philanthropie aus Ihrer Sicht beschreiben?

Für mich bedeutet Philanthropie ein grosszügiges finanzielles, möglichst sinnvolles Engagement begüterter Menschen, Familien oder Unternehmen, um die Lebensqualität und Chancen von Menschen, die auf der Schattenseite dieser Welt leben, zu verbessern.

Dieses 12-jährige Mädchen aus Äthiopien ist taub. Zusammen mit ihrer Mutter lernt sie die Gebärdensprache. Dies ermöglicht ihr, die öffentliche Primarschule zu besuchen und dem Unterricht zu folgen. Im Rahmen eines Projektes der Organisation „Licht der Welt“ sollen mit Unterstützung der Medicor Foundation rund 1'000 Kinder mit einer Behinderung bei ihrer Eingliederung in die Gesellschaft unterstützt werden.



Eine Stimme für die nachhaltige Finanzwirtschaft

Das Sustainability Forum Zürich und Sustainable Finance Geneva haben ein Weissbuch vorgelegt, wie die Schweiz zu einem Zentrum der nachhaltigen Finanzwirtschaft werden kann. Sie streben eine Organisation an, welche die Aktivitäten der Branche koordiniert und als Ansprechpartnerin für den Regulator sowie andere zentrale Interessengruppen auftritt.

von Steffen Klatt

Eine nachhaltige Finanzwirtschaft (Sustainable Finance) integriert Umwelt-, Gesellschafts- und Governancekriterien in ihre Geschäftstätigkeit und ihre Anlageentscheide. Davon profitieren auf Dauer sowohl die Kunden als auch die Gesellschaft insgesamt. Nach vielen Jahren soliden Wachstums hat sich Sustainable Finance zu einem Megatrend entwickelt, der die Anforderungen der Anleger an Liquidität, Eignung und Risikominderung abdeckt und dennoch für verantwortungsbewusstes Handeln sorgt.

„Eine nachhaltige Finanzwirtschaft integriert Umwelt-, Gesellschafts- und Governancekriterien in ihre Geschäftstätigkeit.“

Weissbuch nachhaltiger Finanzplatz

Sustainable Finance Geneva (SFG) und das Sustainability Forum Zürich (TSF) haben gemeinsam und mit redaktioneller Unterstützung von PwC Schweiz ein Weissbuch herausgegeben, das die kompetitive Positionierung der Schweiz bezüglich nachhaltiger Finanzwirtschaft stärken soll. Die Publikation stützt sich dabei auf umfassende Recherchen von SFG und TSF sowie Interviews mit 30 einflussreichen Regulatoren, Politikern und Entscheidungsträgern in der Schweiz. In seiner Vision folgt das Weissbuch der Strategie Nachhaltige Entwicklung 2012-2015 des Bundesrates. Dazu wurden sechs Ansätze für eine nachhaltige Finanzwirtschaft ausgearbeitet, darunter

konkrete Empfehlungen zur raschen Marktentwicklung und Anregungen zur Förderung der Rahmenbedingungen für Sustainable Finance.

Zentrale Ansätze

Das Weissbuch empfiehlt denn auch die Schaffung einer Struktur für nachhaltige Anlagefonds, die spezifisch auf sozial- und/oder umweltverantwortliche Anlagestrategien ausgerichtet ist. Mit diesem rechtlichen Rahmen soll es möglich werden, nachhaltige Anlagefonds aufzulegen, die nach einfachen und transparenten Kriterien reguliert sind. Um den Fluss privater und institutioneller Mittel zu den nachhaltigen Unternehmen zu fördern, sollen zudem auch steuerliche Anreize geschaffen und eine Vermittlungsplattform für nachhaltige Finanzprodukte eingerichtet werden. In diesem Zusammenhang empfiehlt das Weissbuch die Schaffung einer eigenen Börse zur Kotierung nachhaltiger Unternehmen. Um die Rahmenbedingungen für Sustainable Finance weiter zu verbessern, schlägt das Weissbuch vor, die internationale Initiative „The Sustainable Stock Exchanges (SSE)“ zu unterzeichnen. Damit würden die an der Schweizer Börse kotierten Unternehmen vor die Wahl gestellt, einen Umwelt- und Sozialbericht zu veröffentlichen oder zu erklären, warum sie darauf verzichten. Dies wäre ein weiterer Schritt hin zu standardisierter und transparenter Information. Auch die Einrichtung eines zertifizierten Bildungsgangs im Bereich der nachhaltigen Finanzwirtschaft könne entscheidend dazu beitragen, die Rahmenbedingungen in der Schweiz und in Liechtenstein für nachhaltige Geldanlagen zu verbessern.



Angela de Wolff, Mitbegründerin und Vorstandsmitglied von Sustainable Finance Geneva, Partnerin des Beratungsunternehmens Conser Invest in Genf.



Sabine Döbeli, Leiterin Nachhaltigkeit bei Vontobel in Zürich, Vizepräsidentin Forum Nachhaltige Geldanlagen.



Thomas Streiff, Geschäftsführer des Sustainability Forums Zürich, Partner bei BHP - Bruggler und Partner AG.

Roundtable mit Angela de Wolff, Sabine Döbeli und Thomas Streiff

Sustainable Finance Geneva und das Sustainability Forum Zürich wollen, dass die Schweiz bis 2015 zum Weltmarktführer in nachhaltiger Finanzwirtschaft wird. Was heisst Nachhaltigkeit in diesem Zusammenhang?

Angela de Wolff (AdW): Es geht um eine schrittweise Entwicklung, bei der die Kriterien der ökologischen, sozialen und wirtschaftlichen Nachhaltigkeit in den klassischen Investmentprozess integriert werden. Es geht um mehr Transparenz und um eine vertiefte Analyse von Unternehmen und Projekten, in welche die Finanzwirtschaft investiert.

Thomas Streiff (TS): Es gibt keine für alle gültige Definition von Nachhaltigkeit. Alle Akteure sind sich aber darin einig, dass die zentralen Kriterien der Nachhaltigkeit in Produkte integriert werden und eine positive Wirkung für den Kunden, das Unternehmen und die Gesellschaft insgesamt erzielen müssen.

Sabine Döbeli (SD): Auch wenn es noch Unterschiede im Verständnis gibt, wie Nachhaltigkeit tatsächlich in den Investmentprozess integriert werden kann, so haben sich doch die verschiedenen Sichtweisen, was Nachhaltigkeit im Investmentkontext bedeutet, zunehmend angenähert. Die drei Pfeiler der Nachhaltigkeit – Umwelt, Soziales und gute Unternehmensführung – sind akzeptiert.

Ist 2015 realistisch?

AdW: Wir haben ein Datum gesetzt, um Druck zu machen. Die Dinge entwickeln sich ausserhalb der Schweiz sehr schnell. Wenn wir nichts tun, dann wird die Schweiz allmählich jene Wettbewerbsvorteile verlieren, die sie in der Vergangenheit aufgebaut hat. Wir wollen eine neue Dynamik hineinbringen.

SD: Wir haben in der Schweiz schon heute viele Innovatoren im Bereich nachhaltiger Finanzen. Bis 2015 werden weitere Unternehmen hinzukommen, entweder neue oder auch bisherige Unternehmen, die neu in diesen Bereich einsteigen. Es wird sich das Verständnis durchsetzen, dass nachhaltige Finanzwirtschaft Möglichkeiten für künftiges Wachstum bietet. Bis 2015 werden wir auch in der Finanzausbildung verschiedene Module zu nachhaltigen Finanzen implementiert haben.

TS: Der Finanzplatz Schweiz wird sich bis 2015 wichtige Grundlagen für eine nachhaltige Finanzwirtschaft erarbeitet haben. Das ist die Voraussetzung für die zukünftige Strategie, die folgende Fragen beantworten muss: Welche Produkte gibt es? Wie kann man die Sichtbarkeit verstärken? Wie kann man den Dialog so gestalten, dass alle interessierten Teilnehmer miteinander sprechen können?

Wo steht der Markt für nachhaltige Finanzprodukte heute in der Schweiz?

TS: Das Volumen nachhaltiger Anlagen belief sich per Ende 2012 in der Schweiz auf rund CHF 50 Mrd. Zwar sprechen wir damit immer noch über einen Nischenmarkt, allerdings mit hohen Wachstumsraten. Zudem ist die Finanzwirtschaft viel besser vertraut mit diesen Produkten als noch vor wenigen Jahren. Sie kann die Kunden damit auch besser über diese Produkte informieren.

AdW: Nachhaltige Finanzwirtschaft ist ein sehr breiter Ansatz. Dabei geht es darum, ein Maximum an standardisierten Werkzeugen bereitzustellen, die den Leuten helfen, ihre Investmententscheidungen zu treffen. Auf europäischer Ebene sind die Pensionskassen klar die wichtigsten Kunden. Sie sind in vielen

The Sustainability Forum Zürich

The Sustainability Forum Zürich (TSF) ist seit seiner Gründung 1999 ein unabhängiger Verein auf Non-Profit-Basis. TSF fördert nachhaltiges Unternehmertum unter den Vorzeichen einer dynamischen Globalisierung. TSF unterstützt insbesondere Finanzmarktakteure bei der Früherkennung, Reflexion und Behandlung zukunftsrelevanter Fragen. Zu diesem Zweck führt TSF handlungsorientierte Dialoge mit international anerkannten Experten und Entscheidungsträgern, um unternehmerisch relevante Nachhaltigkeitsgrundsätze in den Finanzmarkt zu integrieren. www.sustainability-zurich.org

Sustainable Finance Geneva

Sustainable Finance Geneva (SFG) ist ein Verein von Anlageexperten mit einer einzigartigen Plattform für den Meinungsaustausch innerhalb der Branche. Diese Plattform bietet einen breit angelegten Überblick über die nachhaltige Finanzwirtschaft und deckt einerseits Themen wie SRI und Mikrofinanz ab, andererseits auch das sogenannte Impact Investing, philanthropische Ansätze, soziales Unternehmertum und ESG-Research. Zudem fördert sie den Ruf des Finanzplatzes Schweiz als wesentlicher Akteur einer internationalen nachhaltigen Finanzwirtschaft. www.sfgeneva.org

Fortsetzung von Seite 23

Ländern von Gesetzes wegen verpflichtet, über die Anwendung von Umwelt-, Sozial- und Governancekriterien zu informieren. Da reden wir über Billionen von Euro verwalteten Vermögens. Die High Net Worth Individuals wollen mit ihrem Geld etwas bewegen. Das sind oft Philanthropen, die sich ganz gezielt auf bestimmte Themen konzentrieren, etwa die Umwelt oder die sozialen Auswirkungen. Sie wollen gezielt etwas Gutes tun und sind dafür auch bereit, Risiken einzugehen.

SD: Für Pensionskassen geht es oft um die Vermeidung von Risiken. Studien zeigen klar, dass durch die Berücksichtigung von Nachhaltigkeitskriterien Risiken vermindert werden können. Das kann für institutionelle Anleger also ein Treiber von Nachhaltigkeit sein. Wenn private Anleger ihr Vermögen nachhaltig verwalten lassen, wollen sie oft besonders strenge Ansätze. Für Kundenberater gibt es dabei eine grosse Herausforderung: Wenn im Rahmen eines Best-in-class-Fonds in die besten 30 Prozent jedes Sektors investiert wird, lassen sich bei einigen Unternehmen immer noch kritische Punkte finden. Nachhaltige Fonds tragen aber dazu bei, dass sich Unternehmen in die richtige Richtung entwickeln. Dieses Verständnis von Nachhaltigkeit zu vermitteln, stellt hohe Anforderungen an die Kundenberater.

Können nachhaltige Finanzanlagen zum Standard werden?

SD: Es ist das Ziel, Nachhaltigkeit breit in Finanzprodukte zu integrieren. Das kann sogar zu einem der Markenbestandteile des Finanzplatzes Schweiz werden. Es wird gleichzeitig immer Platz für Produkte geben, die weitergehen als die breite Masse. Solche Nischenprodukte werden auch künftig die Bedürfnisse von besonders anspruchsvollen Kunden bedienen.

TS: Die Pioniere inspirieren immer die Märkte der Zukunft oder

definieren sie sogar. Heute besitzen auch grosse Banken spezialisierte Einheiten für solche Zwecke.

AdW: Die Instrumente für eine sinnvolle Standardisierung nachhaltiger Anlagen sind vorhanden. Diese Instrumente können von allen Assetmanagern und allen Banken genutzt werden.

Wo steht die Schweiz im globalen Vergleich?

AdW: Die Schweiz ist einer der Pioniere der nachhaltigen Finanzen gewesen. Aber sie wird nun von anderen Finanzplätzen in Europa überholt. Der pragmatische Schweizer Ansatz und die innovativen Ansätze vieler Anbieter werden den nachhaltigen Anlagen langfristig zugutekommen.

SD: Deshalb haben wir das Weissbuch zur Zukunft der nachhaltigen Finanzen in der Schweiz veröffentlicht. Wir sind überzeugt, dass die Schweiz alle Elemente für eine nachhaltige Finanzwirtschaft aufweist: Innovation, Stabilität, rechtliche Sicherheit, eine starke Währung, eine hohe Konzentration an Wissen.

TS: Die Schweiz hat damit einen verborgenen Schatz. Nun muss er gehoben werden. Die verschiedenen Anstrengungen, den Finanzplatz nachhaltiger zu machen, müssen nun gebündelt werden.

Haben die Unternehmen auf dem Finanzplatz Schweiz heute den Kopf frei für nachhaltige Finanzen? Sind sie nicht mit anderen Problemen beschäftigt wie der Regelung des Streits mit den USA, dem billigen Geld, dem künftigen Zugang zum EU-Binnenmarkt?

SD: Die heutigen Herausforderungen wurzeln auch in mangelnder Nachhaltigkeit. Auf dem Weg zu einer neuen Identität und einem tragenden Geschäftsmodell kann eine bessere Verankerung solcher Prinzipien eine wichtige Rolle spielen.

TS: Die Schweiz muss sich bewusst werden, dass sie nicht mehr der



Finanzplatz der ersten Wahl ist. Andere Finanzplätze, welche nachhaltige Finanzprodukte und -dienstleistungen in ihr bestehendes Angebot integrieren, werden stärker. In der Schweiz haben wir alle Elemente für eine nachhaltige Finanzwirtschaft und immer mehr Mitspieler werden sich dessen bewusst. Wir haben in diesem Bereich komparative Vorteile. Heute ist der richtige Zeitpunkt, diesen neuen Pfeiler auf der Angebotsseite des Finanzplatzes aufzubauen.

AdW: Der Markt ist nicht homogen. Einige kleine Häuser kämpfen heute um Marktanteile. Grössere Häuser fragen sich heute schon, wie sie sich künftig von der Konkurrenz unterscheiden können. Unsere Rolle ist es, jenen zu helfen, die für den Eintritt in diesen neuen Markt bereit sind.

Braucht es dafür eine neue Organisation?

SD: Am Ende müssen die Unternehmen selbst handeln. Aber es wäre sicher hilfreich, wenn eine Organisation die verschiedenen Aktivitäten zusammenfasst. Diese Organisation könnte helfen, neue Standards und neue Instrumente zu entwickeln. Schweizweit sind etwa 220 Institutionen in der nachhaltigen Finanzwirtschaft tätig. Längst nicht alle von ihnen sind heute schon im Sustainability Forum Zürich oder bei Sustainable Finance Geneva aktiv.

TS: Es besteht Bedarf an einer solchen Kräfte bündelnden Organisation, um die Rahmenbedingungen mitzugestalten. Sie wäre der natürliche Ansprechpartner für den Regulator und für andere Interessengruppen.

AdW: Die Politik ist daran interessiert, klare Vorschläge vonseiten der Finanzwirtschaft zu erhalten. Wir sollten in der Lage sein, mit einer Stimme zu sprechen. Die neue Organisation sollte alle diejenigen umfassen, die an einer nachhaltigen Finanzwirtschaft

schaft mitwirken wollen. Das schliesst auch Themen wie Mikrofinanz und Cleantech ein.

In welchem Verhältnis zur Schweizerischen Bankiervereinigung würde die Organisation stehen?

AdW: Die Bankiervereinigung sollte sich in der neuen Organisation aktiv einbringen.

TS: Die neue Organisation will keine der bisherigen Akteure konkurrenzieren. Es geht darum, die Kräfte dort zu bündeln, wo es noch einen Bedarf an Koordination, an Forschung oder am Aufbau von Kompetenzen gibt. Das fehlt derzeit für die nachhaltige Finanzwirtschaft.

Was sind die nächsten Schritte?

AdW: Wir haben mit dem Weissbuch einen guten Dialog angestossen. Jetzt müssen wir die Prioritäten festlegen und sehen, wie viel Kapazität wir dafür tatsächlich zur Verfügung haben.

SD: Wir bereiten derzeit die Etablierung einer Organisation vor, die als gemeinsame Stimme der nachhaltigen Finanzwirtschaft in der Schweiz auftritt.

TS: Wir können die Gründung einer solchen Organisation nicht am grünen Tisch entscheiden. In der Schweiz mit ihren vielen verschiedenen Mitspielern müssen wir so viele von ihnen wie möglich an der Diskussion beteiligen. Das braucht einen intensiven Dialog.

Interview: Steffen Klatt

In den Alp-Treibstoff investieren

Die Energiewende geht in eine neue Phase. Statt immer mehr Windräder und Solardächer zu installieren, braucht es heute regional vernetzte und integrierte Energiesysteme mit IT-gestützter Speicherung und Distribution. Das ermöglicht neue Geschäftsmodelle, die auch für den Finanzplatz interessant sein können.

von Steffen Klatt

Vor einem Jahrzehnt ist es noch ein Problem gewesen, das viele Energiepolitiker gern gehabt hätten: zu viel Energie. Heute ist dieses Problem eine der grössten Herausforderungen der Energiewende. Es gibt zu viel Strom, jedenfalls an bestimmten Orten und zu bestimmten Zeiten. Wenn der Wind zu stark bläst oder die Sonne zu stark scheint, dann werden Wind- und Solarstrom zwar mit öffentlichen Fördermitteln bezahlt, können aber in dieser Menge am Ort der Erzeugung nicht verbraucht und auch nicht in das Netz eingeleitet werden. Mit anderen Worten: Heute wird erneuerbare Energie staatlich gefördert, aber oft verschwendet. Für Walter Huber, den ehemaligen Leiter des Südtiroler Amtes für Umweltschutz und Präsidenten des Instituts für Innovative Technologien in Bozen, ist das zentrale Element für eine Lösung klar: Der überschüssige Strom muss chemisch gespeichert werden. Damit steht die Energie dann und dort zur Verfügung, wenn und wo sie gebraucht wird. Erste Versuche laufen bereits. So produziert die Enertrag AG im brandenburgischen Prenzlau in einem Pilotprojekt mittels Elektrolyse Wasserstoff aus Wasser und überschüssigem Windstrom. Der Wasserstoff kann dann in Kombination mit Biogas bei Bedarf wieder in Strom umgewandelt werden. Ausserdem wächst der Bedarf an Wasserstoff im Mobilitätsbereich. So testen Aarau, Bozen, London, Mailand und Oslo, aber auch Hamburg, Köln und Berlin bereits Wasserstoffbusse. Und grosse Autohersteller wie Hyundai, Mercedes und Toyota

arbeiten schon an der Serienherstellung von Autos mit Brennstoffzellenantrieb.

Vom Solardach in die Tankstelle

Doch einen echten Beitrag zur Energiewende leistet die Speicherung in Form von Wasserstoff aus Sicht Hubers erst dann, wenn sie in eine Gesamtlösung eingebettet ist. „Es geht um ein regionales Gesamtkonzept für erneuerbare Energien“, sagt Huber. „Es braucht sinnvolle Kreisläufe.“ Wie das funktioniert, macht er in Bozen vor. Sein Institut, das unter anderem vom Land Südtirol, der Brenner Autobahn Gesellschaft und der Südtiroler Landesstromgesellschaft getragen wird, hat in der Stadt am Etsch eine Entwicklungs- und Ausbildungsstätte für die Wasserstofftechnologie und eine Wasserstofftankstelle aus eigener Produktion initiiert. Sie soll Teil eines grünen Korridors sein, der München mit Verona oder gar Modena verbindet und mindestens alle hundert Kilometer eine Wasserstofftankstelle entlang der Autobahn aufweist. In Südtirol wird alle 20 Kilometer eine solche Tankstelle stehen. Statt Benzin vom Persischen Golf können Autofahrer dann Kraftstoff von der Alp tanken, hergestellt etwa mit überflüssigem Sonnenstrom.

Gemeinden in Bayern sind interessiert

Dazu braucht es freilich ein möglichst engmaschiges Netz von



© buchachon - Fotolia.com

Energieregionen, die ihren überflüssigen Strom in Wasserstoff umsetzen. Und damit kommt Hubert Wagner ins Spiel. Der Initiator des bayerischen Initiativkreises Kultur, Wissenschaft, Wirtschaft, Politik e.V. ist überzeugt von Hubers Konzept. Ausserdem hat er über sein Netzwerk auch die nötigen Beziehungen zur kommunalen Ebene und zur Landespolitik in Bayern. „Alle Ebenen der staatlichen Ordnung sind in der politischen Verantwortung, die Energiewende zu gestalten“, sagt der ehemalige Mitarbeiter der CSU-Landesleitung und Politikberater. Gemeinsam mit Huber hat er in Landratsämtern und Rathäusern des Freistaates vorgeschlagen. Unter anderem im Landkreis Bad Tölz in Oberbayern und in der Stadt Weiden in der Oberpfalz sind sie fündig geworden. Beide Städte interessieren sich für das Konzept.

„Es braucht ein regionales Gesamtkonzept und sinnvolle Kreisläufe für erneuerbare Energien.“

Wagner will nun rasch vorankommen. „Mein Ziel ist es, noch in diesem Jahr erste verbindliche Vereinbarungen zu treffen.“ In einem ersten Schritt geht es laut Walter Huber darum, die vorhan-

denen Energiequellen der Region zu analysieren und den Speicherbedarf zu bestimmen. Bald darauf kann die Wasserstoffproduktion in Angriff genommen werden. Die Technik dafür dürfte bald parat sein. „Die technische Entwicklung geht sehr schnell voran“, sagt Huber.

Offen für Investoren

Noch ist die rechtliche Form offen. Wagner kann sich eine GmbH ebenso vorstellen wie eine Genossenschaft. Das hängt auch von der Finanzierung durch öffentliche Mittel ab. Für solche Projekte gibt es zahlreiche Fördermöglichkeiten, auf Gemeindeebene ebenso wie im bayerischen Staatsministerium und seitens der EU. Aber Wagner hält es für sinnvoll, wenn auch Investoren ins Spiel kommen. Dabei hat er gerade den Finanzplatz Liechtenstein im Blick. „Wir sind sehr an einer Partnerschaft mit Privaten interessiert, gerade auch aus Liechtenstein“, sagt Wagner. Hier ist die Sensibilität für die Bedürfnisse von Alpenregionen gross. Einige Banken haben bereits langjährige Erfahrungen mit Fonds für erneuerbare Energien. Mit der LIFE Klimastiftung Liechtenstein hat der Finanzplatz bereits einen Ansprechpartner für solche Anliegen geschaffen.

Ökonomie 3.0

Kundennutzen als Wachstumsmotor

Fast jeder dritte Bankkunde sieht Verbesserungspotenziale in der Beratung, besagt eine Befragung, die das ISG Institut St. Gallen in Deutschland, Österreich und der Schweiz durchgeführt hat. Oliver Fiechter zeigt im BANKENMAGAZIN auf, wie die Banken die Präferenzen ihrer Kunden besser in die Bankensteuerung integrieren können.

Interview mit Oliver Fiechter

Sie haben eine Befragung bei Bankkunden durchgeführt. Das Ergebnis: Bankkunden vertrauen ihrer Bank nicht mehr. Weshalb?

Das Kundenvertrauen ist wohl der wichtigste Erfolgsfaktor im Finanzsektor. Kaum ein anderer Sektor ist so stark darauf angewiesen, dass die Kunden dem Unternehmen und seinen Mitarbeitern Vertrauen entgegenbringen. Ausgerechnet dieses Vertrauen ist im letzten Jahrzehnt durch eine Reihe von Ereignissen erschüttert worden. Ehemals als solide geltende Banken sind dem Konkurs nur knapp entgangen, das Risikomanagement und die internen Kontrollen haben wiederholt versagt, Märkte wurden manipuliert und Anleger betrogen. Die Kundenvermögen haben in den Finanzkrisen teilweise derbe Verluste hinnehmen müssen. Dass das Kundenvertrauen schwindet, ist die logische Konsequenz daraus.

Was müssen die Banken Ihrer Meinung nach tun?

Oberstes Ziel der Finanzbranche muss nun sein, sich auf organisches Wachstum zu fokussieren. Wachstum über Zukäufe hat sich nur in ganz seltenen Fällen als nachhaltig erwiesen. Für das organische Wachstum ist das Kundenvertrauen von essentieller Bedeutung. Aus der empirischen Kundenzufriedenheitsforschung weiss man, dass zufriedene Kunden weniger preissensitiv sind, die Bank häufiger weiterempfehlen und einen höheren Share of Wallet aufweisen. Kundenzufriedenheit, Kundennutzen, Kundenvertrauen und Kundenbindung sind vier zentrale Stellhebel, die wichtig sind, damit sich eine Bank langfristig auf Innovation und Wachstum ausrichten kann.

Bemühen sich die Banken zu wenig, das verlorene Kundenvertrauen möglichst schnell zurückzugewinnen?

Nein, sie arbeiten daran. Aber wenn das Haus auf morschem Grund steht, reicht es nicht aus, die Wände neu zu streichen. Des-

halb erfordert es tief greifende Änderungen im Geschäftsmodell, den Prozessen und der Führung. Banken müssen die Transformation vom kundenberaterzentrierten Institut zum kundenzentrierten Institut schaffen. Dies ist nicht von heute auf morgen machbar.

Wieso tun sich Banken generell so schwer damit, sich von ihrer Innensicht zu lösen und mit den Augen des Kunden zu sehen?

Das liegt teils am regulatorischen Korsett und einem zu starken Blick auf die Risiken. Banken sind seit der Finanzkrise gezwungen, sich vorwiegend mit sich selbst zu beschäftigen. Die regulatorischen Herausforderungen, welche die Banken seit der Finanzkrise meistern müssen, sind in der Tat überwältigend. Sie müssen immer neue Vorschriften im Bereich des Verbraucherschutzes implementieren, zunehmende Vorschriften im Bereich des grenzüberschreitenden Geschäfts beachten, Kunden dabei helfen, deren steuerliche Situation zu bereinigen, steuereffiziente Beratungsdienstleistungen erbringen und nicht zuletzt schärfere Eigenkapitalvorschriften erfüllen.

Gemäss Ihrer Untersuchung fühlt sich jeder zweite Bankkunde nicht bei seinen individuellen Bedürfnissen abgeholt. Das ist drastisch.

Bei einer Befragung des ISG Institut St. Gallen bei Kunden von Privatbanken und Vermögensverwaltern in Deutschland, Österreich und der Schweiz gaben 41 Prozent der Befragten an, dass ihnen die Beratung und das Eingehen auf ihre individuellen Bedürfnisse am wichtigsten sind. Nur etwa 30 Prozent der Bankkunden gaben an, dass sie damit zufrieden sind, wie ihre Bank auf ihre individuellen Bedürfnisse eingeht. Fast 50 Prozent waren in diesem Punkt nur eingeschränkt zufrieden beziehungsweise sogar teilweise völlig unzufrieden. Die Ursache hierfür liegt vor allem in

Oliver Fiechter

Oliver Fiechter ist Gründer und CEO des ISG Instituts St. Gallen, Unternehmer und Buchautor. In seinem Sachbuchbestseller «Die Wirtschaft sind wir!» propagiert er sein Konzept der «Ökonomie 3.0»: In der Zukunft stünden weniger die Kosten, sondern wieder vermehrt die Menschen im Mittelpunkt der Ökonomie. Fiechter hilft Organisationen und Unternehmen, ihre Prozesse besser auf die Bedürfnisse ihrer Anspruchsgruppen auszurichten. Fiechter ist zudem Gründungspartner der Finance 3.0 AG, die Versicherungen und Banken in ihren Transformationsanstrengungen unterstützt.



der Problematik, dass den meisten Privatbanken die individuellen Bedürfnisse ihrer Kunden nur ansatzweise bekannt sind.

Den Kunden in den Mittelpunkt zu stellen, dazu bekennen sich die Leitbilder von vielen Banken.

Ja, trotzdem begnügen sich Marketing und Vertrieb oft mit Durchschnittswerten von „weichen“ Performanceindikatoren, die im besten Fall ein paar Tendenzen in der Qualität der Dienstleistungserbringung aufzeigen können. Zudem fehlt häufig ein einfaches und effektives Vertriebssteuerungsinstrument, das die Mitarbeiter vor Ort im Kundengespräch unterstützt.

Reichen traditionelle Ansätze zur Segmentierung von Bankkunden nicht mehr aus?

Tatsächlich verfehlen sie oft das Ziel, ohne messbaren Mehrwert zu schaffen. Die Steuerung des Kundenwertes (Customer Equity Management) verlangt nach innovativen Konzepten, die sich von den traditionellen Ansätzen unterscheiden. Die subjektiven Werthaltungen und Bedürfnisse der Kunden und die darauf basierenden Nutzenerwartungen müssen auf individueller Ebene verstanden, gemessen und adressiert werden, vor allem im Private Banking. Die „weichen“, das heisst subjektiven, emotionalen Kundeninformationen müssen zusammen mit „harten“, zum Beispiel finanziellen Daten, in ein umfassendes, handlungsorientiertes Controlling-Instrument integriert werden.

Auf den Punkt gebracht, müssen Banken den Kundennutzen durch genauere Information gezielt verbessern?

Ja, denn der Wert eines Kunden für die Bank steht dem individuellen Kundennutzen gegenüber wie das Soll dem Haben in der Bilanz. Persönliche Werthaltungen und davon abgeleiteter Kun-

dennutzen sind individuelle, komplexe und relative Treiber im Entscheidungsverhalten von Bankkunden.

Das erschwert die Messung.

Gesucht ist deshalb ein Instrument, mit dem individuelle Nutzenmodelle valide gemessen und in die Bankensteuerung organisch integriert werden können. Es geht darum, den Menschen – das Individuum hinter dem Bankkunden – zu entdecken. Es braucht Controllingtools, die die individuellen Präferenzregeln und Bewertungstendenzen erfassen, analysieren und stufengerecht reporten.

An diesem Punkt setzt Ihre Methode Customer Value 3.0 an?

Customer Value 3.0 ist ein effizientes und wissenschaftlich fundiertes Instrumentarium, mit dem die Bedürfnisse von Bankkunden erfasst werden können. Abgeleitet aus diesen Bedürfnissen wird der Individualnutzen gemessen und bilanziert, den der Kunde aus der Gesamtbeziehung mit seinem Anbieter von Finanzleistungen erzielt.

Wie funktioniert der Ansatz des Customer Value 3.0 genau?

Customer Value 3.0 baut auf bewährten Methoden der Meinungsforschung auf, vertieft und erweitert diese aber um weitere Komponenten. Empirisch wird zunächst unter Anwendung des Analytical-Hierarchy-Process-Verfahrens (AHP) die relative Präferenz eines Kunden über die Bedürfnisdimensionen Produkt, Service, persönliche Betreuung und Image ermittelt. Daraus ergeben sich individuelle Präferenzprofile. Diese lassen sich als wertvolle Ergänzung zur rein vermögensbasierten Segmentierung einsetzen. In einem zweiten Schritt werden die absolute Bedeutung von Nutzentreibern und auch die Leistungsbeurteilungen einzelner Aspekte der Kundenbeziehung gemessen.

Financial Inclusion

EU will Basiskonto für alle

Über 58 Millionen Europäer verfügen über kein eigenes Bankkonto. Die EU will das jetzt ändern und hat eine neue Regulierung vorgelegt, die auch Benachteiligten und Geringverdienern ein eigenes Konto ermöglicht. Ausserdem soll sie grenzüberschreitende Erleichterungen im Zahlungsverkehr bringen. Dies bringt aber auch zusätzliche Regulierungen für den Bankensektor mit sich.

Interview mit Evelyne Gebhardt

Frau Gebhardt, warum engagieren Sie sich für das Thema Financial Inclusion?

Ich hörte von einer jungen Frau, die in einem anderen EU-Land studieren und deshalb dort einen Mietvertrag unterschreiben wollte. Dort hiess es, sorry das geht nicht. Sie müssen in unserem Land dafür ein Bankkonto haben. Die junge Frau ging also zur Bank. Dort hiess es, solange Sie keine Wohnadresse in unserem Land haben, können Sie bei uns kein Konto eröffnen. Das ist definitiv nicht das Europa, das ich unseren Bürgerinnen und Bürgern und schon gar nicht den jungen Menschen wünsche.

Mehr Regulierung bedeutet auch immer höhere Kosten. In der EU gehören der freie Kapital-, Dienstleistungs- und Personenverkehr eigentlich zu den Grundrechten im Binnenmarkt. Sind Einzelgesetze und Richtlinien vor diesem Hintergrund auf lange Sicht der richtige Ansatz?

Mehr Regulierung kann auch geringere Kosten bedeuten, wenn wir den grenzüberschreitenden Zahlungsverkehr im Binnenmarkt harmonisieren, dafür sorgen, dass die Regeln angeglichen werden und dadurch der Zahlungsverkehr erleichtert wird. Deshalb: Ja, Einzelgesetze und Richtlinien sind der richtige Ansatz.

Was sind die nächsten Initiativen und gesetzlichen Schritte auf europäischer Ebene?

Der Gesetzesvorschlag der EU-Kommission für die Einführung eines Basiskontos für alle liegt auf dem Tisch. Darin enthalten ist auch der erleichterte Kontowechsel von einer Bank zur Konkurrenz, auch grenzüberschreitend. Das Ziel ist die Beseitigung von bürokratischen Hürden für Privatpersonen und Kleinunternehmer. Die zuständigen Ausschüsse im Europäischen Parlament beschäftigen sich derzeit mit der Vorlage. Wir wollen den Abschlussbericht noch in diesem Jahr ins Plenum bringen. Dann starten die Verhandlungen mit dem Rat der EU-Wirtschafts- und

Finanzminister. Wenn alles gut geht, kann das Gesetz nächstes Jahr, also noch vor Ende dieser Legislatur, verabschiedet werden. Das Gesetz würde dann bereits anfangs 2015 in Kraft treten.

Warum sollten sich die Banken für die Financial excluded des 21. Jahrhunderts interessieren?

Bisher haben sich die Banken eigentlich nicht dafür interessiert. Deshalb müssen wir sie dazu bringen. In Deutschland gibt es mit den Banken eine freiwillige Vereinbarung. Darin haben sie sich verpflichtet, auf diejenigen Menschen und Kleinunternehmer zuzugehen, die kein Konto haben. Das hat aber aus verschiedenen Gründen so nicht funktioniert. Deshalb ist es notwendig, ein Gesetz zu machen, das in der ganzen EU allen Bürgerinnen und Bürgern erlaubt, Zugang zu einem Basiskonto zu erhalten – wenn sie es denn wollen. Einen Zwang darf es nicht geben.

Wie wichtig ist Financial Inclusion für die langfristige Stabilität der Banken- und Finanzsysteme in Europa?

Es geht nicht nur um Menschen, die wenig Geld haben. Es geht wie gesehen zum Beispiel auch um junge Studierende, die irgendwo in Europa ein Erasmus-Studium machen. Es geht aber auch um den mittelständischen Unternehmer oder Gewerbetreibenden unmittelbar an der Landesgrenze, der auch auf der anderen Seite der Grenze Kunden hat. Wenn er dort ein einfaches Konto eröffnen könnte, würde sein Leben spürbar leichter werden. Gerade ein Wirtschaftsstandort eines Kleinstaates wie Liechtenstein, der bei der Wertschöpfung auf den grenzüberschreitenden Austausch existenziell angewiesen ist, würde durch solche Erleichterungen gestärkt. Eine Vereinfachung baut Ängste sowohl bei Anbietern als auch bei Kunden ab, grenzüberschreitend tätig zu werden. Meine Erfahrungen in Baden-Württemberg, das ja an Frankreich, die Schweiz und Österreich grenzt, zeigen jedenfalls immer wieder, dass der Wirtschaftsfluss spürbar positiv beeinflusst wird,

Evelyne Gebhardt

Evelyne Gebhardt ist seit 1994 Mitglied des Europäischen Parlaments und dort seit 2004 im wichtigen Ausschuss für Binnenmarkt und Verbraucherschutz Koordinatorin der sozialdemokratischen Fraktion. Die 1954 in Paris geborene Politikerin lebt seit 1975 in Mulfingen (Hohenlohekreis) und engagiert sich weit über das Brüsseler Parlamentsmandat hinaus für Benachteiligte. Gebhardt ist unter anderem Mitglied der Akademie für Ethik in der Medizin in Göttingen, der europäischen Frauenorganisation Grain de Sel in Paris und der Mediatorengruppe zum Schutz von Kindern aus gescheiterten deutsch-französischen Lebensgemeinschaften. Gebhardt ist Trägerin verschiedener Auszeichnungen, darunter des Bundesverdienstkreuzes. Sie hat in Paris, Tübingen und Stuttgart Sprachwissenschaften studiert und als freie Übersetzerin gearbeitet.



wenn die grenzüberschreitenden Zahlungsmodalitäten vereinfacht werden.

Was ist dabei die unternehmerische Verantwortung der Banken?

Die Banken definierten sich generell bisher als Dienstleister. Das heisst für mich, Banken sollten sich nicht nur auf möglichst hohe Margen bei sehr reichen Kunden fokussieren, sondern sich auch als Dienstleister für Menschen und Unternehmen verstehen. Das Wort Dienstleistung besteht nicht nur aus Leistung, sondern auch aus dienen.

Die europäische Stiftung For Financial Inclusion hat erstmals in fünf Ländern eine breite Untersuchung des Phänomens durchgeführt. Was sind die Ergebnisse dieser umfassenden Bestandsaufnahme?

Es hat sich unter anderem gezeigt, dass die neuen, digitalisierten Zahlungsmittel Chancen, aber auch grosse Gefahren bergen, vor allem dann, wenn jemand keinen Zugang zu einem Basiskonto hat. Solche Menschen haben Schwierigkeiten, ihr Gehalt zu bekommen oder im Internet einen Einkauf zu tätigen. Solche Menschen haben im Übrigen bisher auch keine Chance, an den neuen mobilen Dienstleistungen der Banken teilzuhaben. Denn es hat sich gezeigt, dass neue digitale Dienstleistungen zu höheren Gebühren führen, die sich Menschen mit wenig Geld gar nicht erst leisten können. Der Zugang zu einem einfachen und gebühren günstigen Basiskonto wäre für diese Menschen deshalb umso wichtiger.

In der EU haben gemäss einer Untersuchung schätzungsweise 58 Millionen Konsumierende, die über 15 Jahre alt sind, kein Konto. Das sind über 10 Prozent der Gesamtbevölkerung. In welchen Ländern ist das Phänomen besonders ausgeprägt?

Es gibt grosse Unterschiede. In Deutschland sind es immerhin

670'000 Menschen, die keinen Zugang zu einem Basiskonto haben. In Staaten wie Rumänien und Bulgarien sind es gar die Hälfte aller Bürgerinnen und Bürger über 18 Jahren. Die Gründe für diese massive Quote sind verschieden. Einer ist die Tatsache, dass es in vielen ländlichen Gebieten dieser Länder weit und breit keine Bankniederlassungen gibt.

Wie sehen die Pläne auf EU-Ebene bezüglich Kontogebühren aus?

Auch da wollen wir Transparenz schaffen. Vor allem die Kosten für Transaktionen müssen offengelegt werden, damit die Kunden Bescheid wissen und zwischen den Banken vergleichen können. Das ist ebenfalls Teil des Richtlinienvorschlages der Kommission. Nur so kann gesunder Wettbewerb entstehen. Er kann nur entstehen, wo es Transparenz und Vergleichbarkeit gibt. Ein wichtiges Tool dafür ist die Einrichtung von Websites, auf denen sich Kunden unabhängig über Spesen und Gebühren informieren können.

Was ist „Financial Inclusion“?

Financial Inclusion ist die Bereitstellung und das Ausführen von Finanzdienstleistungen zu günstigen Konditionen für Benachteiligte oder Geringverdiener einer Gesellschaft. Weltweit haben schätzungsweise 2,5 Milliarden Menschen im arbeitsfähigen Alter keinen Zugang zu regulierten Finanzdienstleistungen. Vom Phänomen betroffen sind in erster Linie mittelständische Unternehmer, Kleingewerbler, Studierende, immer mehr Senioren, aber auch Behinderte, Einwanderer, Verschuldete und Ausgesteuerte.

Interview: Johannes J. Schraner

Liechtenstein ist unser Heimmarkt

Seit Mai 2013 ist Alfred W. Moeckli CEO der VP Bank. Im Bankenmagazin spricht er über Verantwortung, die Strategie der Bank, über den Finanzplatz Liechtenstein und über die Ansprüche, die Kunden heute an ihre Bank stellen.

Interview mit Alfred W. Moeckli

Herr Moeckli, Sie sind seit Mai 2013 CEO der VP Bank. Was hat Sie gereizt, diese Aufgabe anzunehmen?

Als ich letztes Jahr einen Sabbatical machen durfte und mit dem Wohnmobil auf dem Landweg quer durch Amerika gereist bin, habe ich zunehmend den Reiz verspürt, erneut eine grössere Herausforderung annehmen zu wollen. Interessanterweise kam dann vier Tage nach meiner Rückkehr ein Anruf, ob die Stelle als CEO bei der VP Bank für mich interessant wäre. Die VP Bank Gruppe war mir bekannt und je mehr ich mich mit dem Institut beschäftigt habe, desto reizvoller wurde dieses Angebot.

Was für ein Unternehmen haben Sie angetroffen?

Eine Bank mit viel Potenzial. Die VP Bank gehört zwar bereits zu den drei grössten Banken Liechtensteins, ist grundsätzlich gut unterwegs und hervorragend kapitalisiert. So gesehen wurde vieles gut gemacht, einige Komplexitäten gilt es aber, abzubauen. Mein Ziel ist es, die VP Bank operativ und strategisch so aufzustellen, dass sie den Transformationsprozess erfolgreich bewältigt und ihren Weg auch in Zukunft eigenständig gehen kann.

Welche Massnahmen konnten Sie in den ersten Monaten bereits setzen?

Zu Beginn war ich stark in den Asset Deal mit HSBC Trinkaus involviert. Es ist ein wichtiges Signal, dass wir steuerkonforme Kundenvermögen von einem renommierten Bankinstitut übernehmen können. Gleichzeitig standen wichtige personelle Veränderungen an, wie beispielsweise die Ernennung von Christoph Mauchle zum vierten Mitglied des Group Executive Managements. Er leitet seit Anfang Oktober 2013 das neue Geschäftsfeld Client Business. Die Trennung vom Treuhandgeschäft war bereits beschlossene Sache, es galt jedoch noch die Verhandlungen abzuschliessen, bevor wir diesen Schritt offiziell kommunizieren konnten.

Welche Strategie hat die VP Bank mit der Übernahme von Teilen der HSBC Trinkaus & Burkhardt in Luxemburg verfolgt?

Der Asset Deal steht im Zeichen unserer Wachstumsstrategie im Private Banking. Unsere bestehende Bankentochter in Luxemburg hat sowohl Kunden mit Vermögenswerten von rund CHF 2,5 Mrd. als auch rund 20 Frontmitarbeitende der ebenfalls in Luxemburg beheimateten HSBC Trinkaus & Burkhardt (International) übernommen. Insofern können grosse Synergien genutzt werden.

Standard & Poor's bestätigte das Rating A- für die VP Bank und erhöhte den Ausblick von „negativ“ auf „stabil“. Worauf führen Sie diese Veränderung zurück?

Standard & Poor's hebt in ihrem Report insbesondere die hervorragende Kapitalbasis hervor, welche sie im Anschluss an die Publikation des Halbjahresergebnisses 2013 neu mit „sehr stark“ beurteilt. Des Weiteren würdigt sie die operativen Verbesserungen, die sich in steigenden Erträgen und sinkenden Kosten widerspiegeln sowie die strategischen Fortschritte in der Fokussierung auf das Private Banking und das Intermediärgeschäft. Damit entspricht unser Rating in etwa demjenigen der beiden Schweizer Grossbanken. Darauf dürfen wir als VP Bank stolz sein.

Sparen und Investieren verlangen einen Balanceakt. Wo sollte aus Ihrer Sicht gespart, wo hingegen dringend investiert werden?

Sparpotenzial bietet sich in ausgewählten Bereichen, die am Markt nicht differenzierend sind. Unsere Offenheit hierfür zeigt sich durch die Zusammenarbeit mit der Liechtensteinischen Landesbank, beispielsweise durch das gemeinsame Druck- und Versandzentrum. Sparen allein führt jedoch nicht zu langfristigem Erfolg, auch Wachstum ist hierfür zwingend notwendig. Die VP Bank ist aufgrund ihrer komfortablen Eigenmittelsituation in der Lage, selber zu akquirieren. Wir werden daher auch zukünftig unsere Augen offen halten und können uns sowohl den Kauf von

Alfred W. Moeckli

Alfred W. Moeckli ist seit dem 1. Mai 2013 Chief Executive Officer (CEO) der VP Bank Gruppe. Bis zu seinem Wechsel zur VP Bank hatte er verschiedene Funktionen und Führungspositionen bei Finanzinstituten in der Schweiz und in London inne; zuletzt war er als CEO der Bank zweiplus ag in Zürich tätig. Alfred W. Moeckli absolvierte eine Ausbildung zum Bankkaufmann mit eidgenössischem Fähigkeitsausweis und verfügt über einen Master of Business Administration der Northwestern University, Evanston, IL, USA.



ausgewählten Geschäftseinheiten einer Bank als auch die Übernahme von Beraterteams vorstellen.

Sie sind seit über 30 Jahren im Bankgeschäft tätig. Wie haben sich die Ansprüche der Kunden an ihre Bank verändert? Was muss eine Bank ihren Kunden heute bieten?

Vertrauen gegenüber seiner Hausbank war früher gegeben, heute muss man sich dieses erarbeiten. Die Kunden von heute sind anspruchsvoller, besser informiert, technologisch auf dem neusten Stand und sie wollen einen persönlichen, professionellen Ansprechpartner für alle ihre Finanzanliegen. Erfolgreich wird sein, wer den sich daraus ergebenden Bedürfnissen gerecht wird.

Die VP Bank ist international tätig. Wie wichtig ist dabei der Finanzplatz Liechtenstein?

Liechtenstein ist unser Heimmarkt, wo unsere Wurzeln liegen. Nebst Private Banking und dem Intermediärgeschäft bieten wir hier zusätzlich bedürfnisorientierte Dienstleistungen für die regionale Kundschaft und für kommerzielle Kunden an. Ich sehe durchaus Potenzial für den hiesigen Finanzplatz; entscheidend ist, dass die rasche Anpassungsfähigkeit und Flexibilität beibehalten und zu den eigenen Gunsten genutzt wird.

Die Fondsgesellschaft IFOS, eine Tochter der VP Bank, hat Ende August die AIFM-Volllizenz erhalten. Welche Ziele verfolgen Sie im Fondsbereich?

Das Fondsgeschäft ist für die VP Bank Gruppe ein wichtiges Standbein. Wir verwalten sowohl eigene Fondsprodukte wie auch Private-Label-Fonds von anderen Anbietern. Seit 25 Jahren sind wir in Luxemburg, dem zweitgrössten Fondsdomizil der Welt, vertreten und wollen dort gezielt weiter wachsen. Unser Standort in Luxemburg stellt zudem sicher, dass wir auch langfristig gesehen einen ungehinderten Zugang zum europäischen Markt haben. Liechtenstein ist Standort eines schnell wachsenden und gut regu-

lierten Fondswesens. Auch der hiesige Fondsplatz hat durchaus viel Potenzial, so können wir beispielsweise für Schweizer Fondsmanager von Liechtenstein aus eine Brücke zum europäischen Markt bauen. Aus unserer Sicht lassen sich die beiden Standorte sehr gut ergänzen.

Das Motto dieser Ausgabe ist „Verantwortung“. Was bedeutet dieses Stichwort für Sie persönlich und als CEO einer der drei grossen Banken Liechtensteins?

Ich persönlich verbinde Verantwortung mit Offenheit, Pflichtbewusstsein und Kritikfähigkeit. Als Bank haben wir eine grosse Verantwortung gegenüber mehreren Anspruchsgruppen. Insbesondere aber gegenüber unseren Kunden, die uns ihr Geld anvertrauen.

SPOTS

Das Beste an Liechtenstein ...
ist seine Überschaubarkeit und Offenheit.

Vermögen ist ...
Unabhängigkeit und Verantwortung zugleich.

In den nächsten zehn Jahren werde ich auf jeden Fall ...
meine Weltreise auf dem Landweg in Etappen fortsetzen.

Diese Werte sind mir wichtig ...
Ehrlichkeit, Offenheit, Verlässlichkeit.

2014 wird ...
ein spannendes Jahr mit vielen Herausforderungen.

Ich erhole mich am besten ...
in der Natur.

REDAKTION

Simon Tribelhorn,
Geschäftsführer,
Liechtensteinischer
Bankenverband



Adolf E. Real,
Präsident,
Liechtensteinischer
Bankenverband



Rafik Yezza,
stellvertretender
Geschäftsführer,
Liechtensteinischer
Bankenverband



Anita Hardegger,
Personalentwicklung/
-strategie,
Liechtensteinischer
Bankenverband



Esther Eggenberger,
Assistentin der
Geschäftsleitung,
Liechtensteinischer
Bankenverband



GASTAUTOREN DIESER AUSGABE

Steffen Klatt,
Geschäftsführer,
Textagentur Café
Europe



Verantwortung

Nachgeschlagen

Das Wort Verantwortung ist eine Substantivbildung aus dem Verb verantworten. Das Verb bedeutet zunächst allgemein antworten, dann im Besonderen vor Gericht antworten, eine Frage beantworten und schliesslich für etwas einstehen, etwas vertreten. Im reflexiven Sinn hat es im letzten Fall die Bedeutung sich rechtfertigen. Noch deutlicher wird es, wenn wir das englische Wort betrachten: „responsibility“. Hier stecken die Wörter „response“ und „ability“ drin, Antwort und Fähigkeit/Können. (Quellen: wikipedia.org // easypowerblog.com)

Zitiert

Totengräber sind nicht verantwortlich für die Sterblichkeits-Raten.

Walter Ludin

Ein guter Hirte darf seine Schafe wohl scheren, aber nicht schinden.

Gaius Suetonius Tranquillus

Verantwortung: Wer die Fäden in der Hand hat, darf nicht spinnen.

Prof. Dr. med. Gerhard Uhlenbruck

Wir müssen die Veränderung sein, die wir in der Welt sehen möchten.

Gandhi

Wir sind nicht nur für das verantwortlich, was wir tun, sondern auch für das, was wir nicht tun.

Molière

Wenn ich es nicht mache, macht es ein anderer, sagen sie. Dabei vergessen sie, dass sie vielleicht schon jener andere sind.

Otto Gritschneider

Verantwortung = Eine abnehmbare Last, die sich leicht Gott, dem Schicksal, dem Glück, dem Zufall oder dem Nächsten aufladen lässt. In den Tagen der Astrologie war es üblich, sie einem Stern aufzubürden.

Ambrose Bierce

